Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 74. Montag, den 31. März 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Eine nationale Zangengeburt.

Die lang erwarteten neuen deutschen Heeres- und Steuervorlagen sind amtlich bekanntgegeben worden. Sie entsprechen den schlimmsten Erwartungen, die man auf sie setzen durfte. Die „nationale Tat“, die sie bedeuten sollen, tritt außerdem in sehr fragwürdiger Gestalt auf. Denn die Vorschläge zur Heeresvermehrung, noch mehr aber diejenigen zur Deckung der neuen Ausgaben, sind eine Häufung von Verlegenheitsmaßnahmen und Gewaltsamkeiten, wie sie unaufrichtiger kaum gedacht werden können. Alles, was da vorgeschlagen wird, schwankt zwischen der Angst vor den Folgen der eigenen militaristischen und imperialistischen Missetaten und der Furcht, denselben besitzenden Klassen, für die weiter gerüstet wird, wehe zu tun. Das „große patriotische Werk“ ist eine traurige Zangengeburt an einem Volkskörper, dessen wichtigsten Teile mißhandelt und dessen Krankheiten sorgfältig gehätschelt, statt geheilt werden.

Die gesamte Heeresvermehrung soll also 136 000 Mann betragen, und zwar 117 000 Gemeine und Gefreite, 15 000 Unteroffiziere und 4000 Offiziere. Die Begründung sucht den Anschein zu erwecken, als handle es sich lediglich um „den Ausbau der Wehrpflicht nach dem Stande der Bevölkerung“, wenn jährlich 63 000 Rekruten mehr eingestellt werden sollen. „Teile der wehrkräftigen Bevölkerung bleiben gegenwärtig für den Waffendienst unausgebildet.“ Das siehl so aus, als geschehe gar nichts Besonderes. Es ist aber eine dicke Unehrlichkeit. Davon, daß die vorjährige Heeresvorlage doch auch unsere Bevölkerungsziffer und ihr Wachstum kannte und daß es ihr dennoch nicht einfiel, diese kolossale Vermehrung der Präsenzstärke auch nur in Aussicht zu stellen, sei garnicht gesprochen. In Wahrheit sind die deutschen Aushebungen zugleich mit dem fortgesetzten Steigen unserer Rüstungsziffer immer strenger und unnachsichtiger betrieben worden. Es dienen heute schon beim Militär eine Anzahl Leute, die körperlich und geistig den hohen Dienstanforderungen nur schwer genügen können. Man nahm heute schon alles, was sich nur entfernt zur Ausbildung eignete. Und es ist nichts als eine ganz gewöhnliche Verlegenheitswendung mit falscher patriotischer Melodie, wenn die jetzige Begründung von einer „Verwirklichung“ der allgemeinen Wehrpflicht, von „bewährten Unterlagen“, von dem „festen Vertrauen und dem sicheren Gefühl erfüllter Pflicht“ spricht, mit denen wir der Zukunft erst nach Annahme der jetzigen Heeresvorlage entgegensehen könnten. Wäre das wahr, so läge darin der größere Vorwurf gegen die deutsche Heeresverwaltung der letzten Jahre, weil sie nicht längst die Wehrpflicht „nach dem Stande der Bevölkerung ausgebaut“ hätte. Natürlich fällt es der jetzigen Regierung gar nicht ein, sich selbst oder ihren Vorgängerinnen einen solchen Vorwurf zu machen. Sie will nur Sand in die Augen streuen. In Wirklichkeit ist die deutsche Volkskraft, und das heißt im wesentlichen die deutsche Arbeiterschaft, allein seit Beginn des neuen Jahrhunderts in unerhörter Weise für den Militärdienst ausgepreßt worden. Während 1888/89 die Friedensstärke des Heeres noch 491 955 Mann betrug, steigerte man sie 1899 auf 596 465, dann 1906 auf 614 350 und 1912 auf 655 899 Unteroffiziere und Mannschaften, und jetzt sollen weitere 100 000 Mann mehr unter die Waffen kommen. Von inneren Heeresreformen ist natürlich gar keine Rede. Auch nur der Anfang einer leisen Annäherung an das Schweizer System der Volkswehr, das dem Kaiser doch voriges Jahr in seinen Manöverergebnissen so außerordentlich imponierte, erscheint unseren preußischen Gamaschenknöpfen als etwas ganz Unfaßbares. Und doch drängt die Industrieentwicklung mit aller Macht zu diesem Übergang, der das Zeit- und Geldopfer der kräftigsten und lerntüchtigsten Arbeiter für den Militärdienst so wesentlich herabsetzt. Aber die Vorlage enthält kein Wort von einer Abkürzung der Dienstzeit oder von der Abschaffung des Einjährigenprivilegs. Auch von einer Beseitigung der kostspieligen Uniformspielereien, Paradeeinrichtungen und Offiziersburschen ist keine Rede. Das Kapitulantengeld und die Zivilversorgungsentschädigung sollen erhöht werden. Daß man dies tun muß, beweist gerade, wie ausgepreßt die Zitrone schon ist. Man bekam nicht mehr genug Unteroffiziere und Feldwebel. Und dennoch die wahnsinnige Erhöhung! Die Rüstungsschraube läßt sich eben auch bei einem so soldatenfreudigen Volk, wie dem deutschen, nur noch mit äußerster Gewalt vorwärts drehen. Und welche besser angewendete Volkskraft wird dabei vergeudet!

Indessen konnte man die politischen Gründe der kolossalen Aufrüstung nicht ganz totschweigen. Sie werden in den verschämten Sätzen gegeben:

> Durch die Ereignisse, die sich auf dem Balkan abspielen, sind die europäischen Machtverhältnisse verschoben worden. Deutschland hat in einem Kriege, der ihm aufgenötigt werden sollte, langgestreckte, von Natur zum großen Teil offene Grenzen möglicherweise gegen mehrere Feinde zu schützen. Infolge der eingetretenen Verschiebung ist es jetzt mehr denn je unsere oberste Pflicht, diesen Schutz so stark zu gestalten, wie unsere Volkskraft es zuläßt.

Welches schlechte Gewissen spricht aus diesen wenigen Worten! Preußen-Deutschland hat sich durch sein Junkertum und seine Säbelrasselei in der ganzen Welt verhaßt gemacht. Es ist seit Bismarck der eigentliche Rüstungstreiber. Mit der brutalen Vertretung deutscher Ausbeuterinteressen in der Marokkofrage hat es den Brand entzünden helfen, der seitdem auf Tripolis und schließlich auf den Balkan übergesprungen ist. Und jetzt schreit man, weil die anderen vielleicht auch einmal zurückschlagen und weil uns „ein Krieg aufgenötigt werden“ könnte! Als ob unsere Kolonialpolitiker und unsere Rüstungstreiber nicht immer mit der Nase voran bei jedem Raubzug hätten sein müssen, der im letzten Jahrzehnt die Ausdehnung des Kapitalismus in Afrika oder Asien beschmutzt und geschändet hat. Und dafür sollen jetzt deutsche Mütter aus dem schaffenden Volke jährlich 60 000 Soldaten mehr stellen! Aber auch sie haben mit der Abwehr dieser Raubpolitik im Inneren schon begonnen. Und es erfüllt unsere herrschenden Kreise mit äußerstem Unbehagen, daß die deutsche Bevölkerung anfängt, zu empfinden, daß sie doch eigentlich für Besseres da ist, als ihren Ausnutzern auch noch Flinten- und Säbelträger gratis zu liefern. . . . . .

Mag aber die Heeresvermehrung schon ein würgender Bissen für die herrschenden Klassen in Deutschland werden — die Deckungsfrage wird es noch viel mehr! Da springen aus der Begründung der neuen Steuern, die wieder im wesentlichen Massensteuern bleiben, zwei Sätze heraus: der von der „Schonung des unbeweglichen Besitzes“ und der von „der seit Jahren eingetretenen Verteuerung der ganzen Lebenshaltung“. Eigentlich steht der letztere nur bei der Erhöhung der Kapitulantengelder. Er gehört aber auch in den Steuerteil. Er gehört dorthin, wo die Ermäßigung der Zuckersteuer wieder mit nichtssagenden Redewendungen hinausgeschoben und die Schuld der liberalen Blockpolitik von neuem offenbart wird, die unter Bülow vor dem festen Zugriff feige zurückschreckte. Jawohl, Verteuerung seit Jahren auf der ganzen Linie und doch wieder ungeheure Lasten auf die wundgeriebenen Schultern und sorgfältige Schonung des agrarischen Besitzes. Beim einmaligen Milliardenwehrbeitrag die schreiende Ungerechtigkeit des einförmigen Satzes von ½ Proz. für Große und Kleine. Der Mann mit 11 000 Mark Vermögen soll soviel zahlen, als Krupp und Bleichröder! Das ist ein Rückfall in barbarische Steuereinrichtungen, für den es keine Rechtfertigung gibt, am allerwenigsten die fadenscheinige der Begründung, daß die Staffelung unterblieben wäre, weil die Ertragsfähigkeit der Vermögen verschieden sei und weil der „Wehrbeitrag“ in möglichst einfacher Form durchgeführt werden solle. Sind etwa die kleinen Vermögen „ertragsfähiger“ als die großen? Und was will die „Einfachheit“ in einem komplizierten System neuer Abgaben gerade dort besagen, wo sie nur den Großen nützt? Und alle die riesigen Kirchenbesitzungen und agrarischen Stiftungen bleiben frei, während die Aktiengesellschaften einbezogen werden. Welche unverfrorene Ungleichheit! Für die laufenden Ausgaben vollends sollen Matrikularbeiträge aus bundesstaatlichen Vermögenszuwachssteuern herhalten, die schon bei 6100 Mk. Vermögen beginnen, wieder die tote Hand nicht treffen und wieder starke Begünstigungen des Grundbesitzes vorsehen. Außerdem wird aber hier ein Hindernis für die Entwicklung der bundesstaatlichen Finanzen geschaffen, das deren Beamten und Arbeitern zusammen mit der Steuerscheu der Vermögenden noch schwer zu schaffen machen wird. Das Erbrecht des Staates für Erbschaften ganz entfernter Grade ist eine Dekoration, die nichts bedeutet. Ihr Ertrag ist auf ganze 15 Millionen veranschlagt. Desto kräftiger greifen die neuen Stempelsteuern in den Geldbeutel der Massen. Namentlich die Übertragung des Versicherungsstempels auf das Reich erfaßt mit ihrer Erhöhung die kleinsten Steuerzahler ohne Unterschied ihrer Leistungsfähigkeit. Diese Abgabe allein wird mit 64 Millionen im Beharrungszustande ein volles Viertel der laufenden Mehrausgaben decken.

Der Bundesrat als Ausschuß der besitzenden Klassen hat also nunmehr seine volksverwüstende Arbeit vollbracht und die Steigerung der Militärlast, wie des alten Steuerunrechts mit seinem Gewissen für vereinbar gehalten. Jetzt haben die Steuerzahler und der Reichstag das Wort. Mögen sie den Bethmännern, Heeringen und Kühn, die mit dem Wohl und Wehe mühsam mit dem Leben ringender Millionen derartig spielen zu dürfen glauben, die Antwort im Namen der Menschenkultur nicht schuldig bleiben!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Als ein reaktionär-agrarisches Machwerk

entpuppt sich das Deckungsgesetz, das wir am Sonnabend bereits mitgeteilt haben. Die Regierung hat sich inbezug auf die Deckung vollständig der Diktatur der Schwarz-Blauen unterworfen. Alle Phrasen vom gemeinsamen nationalen Opfersinn, von der Notwendigkeit, daß alle Kreise des Volkes zu den Lasten dieser neuen Rüstung beitragen, zerstieben vor dem nüchternen Inhalt der Vorlagen, der die Agrarier sorgsamst schügt vor Opfern, die unbedenklich anderen Kreisen zugemutet werden. Da ist z. B. die Vorlage über den Milliardenbeitrag und das Vermögenszuwachssteuergesetz. § 16 des Wehrbeitragsgesetzes und § 27 des Vermögenszuwachssteuergesetzes bestimmt: „Bei der Feststellung des Vermögens ist der Gemeinwert (Verkaufswert) seiner einzelnen Bestandteile zugrunde zu legen, sofern das Gesetz nichts anderes vorschreibt.“ Das heißt also, daß für die Berechnung der Steuer der selbstverständliche Grundsatz gelten soll, die Höhe des Vermögens nach dem Verkehrswert zu berechnen. Wenn jemand in der Lage ist, jede Stunde sein Haus, seine Fabrik, sein Besitztum zu einer bestimmten Summe zu verkaufen, so macht diese Summe eben sein Vermögen aus. Nur bei den Agrariern soll eine Ausnahme gemacht werden. Die unter dem Einfluß der Zölle schnell erlangten hohen Preise für den landwirtschaftlichen Grundbesitz sollen hier auf einmal nicht das Vermögen darstellen; § 17 des Wehrbeitragsgesetzes und § 28 des Vermögenszuwachssteuergesetzes bestimmen vielmehr, daß bei land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen der Ertragswert als Maßstab der Vermögensberechnung zu gelten habe. Und als Ertragswert soll das 25fache des Reinertrages gelten. Die Junker werden wissen, was ihnen diese Ausnahmebestimmung an Steuern erspart.

Andere ähnliche Ausnahmebestimmungen finden sich im Versicherungsstempelgesetz. Hagel- und Viehversicherungen sollen steuerfrei bleiben. Eine dritte große Konzession an den schwarz-blauen Block bedeutet die Abschiebung der Vermögens- und Besitzbesteuerung an die Bundesstaaten. Das Reich begibt sich fast jeden Rechtes, in diesen Fragen ein entscheidendes Wort mitzusprechen; das „Portemonnaie der Besitzenden“ wird nicht den Erwählten des allgemeinen gleichen Wahlrechts ausgeliefert, es bleibt unter der Obhut der Dreiklassenmänner und der Privilegierten der Ersten Kammern in den Bundesstaaten. Mehr konnten die Junker wahrlich nicht verlangen! Es soll wohl auch nur ihre Freude darüber maskieren, wenn sie jetzt in der „Kreuzzeitung“ und in der „Deutschen Tageszeitung“ eine lärmende Scheinopposition gegen einige der Vorlagen machen. Wäre es ernst gemeint, dann würde das, was die „Kreuzztg.“ in ihrer Wochenrundschau vom Sonntag über die Steuervorlagen sagt, so ziemlich das Unverschämteste darstellen, was je von Junkern und Agrariern gehört wurde. Die „Kreuzzeitung“ wendet sich nämlich nur gegen die Forderung der Regierung, daß in den Bundesstaaten bis 1916 Vermögenssteuergesetze einzuführen sind — falls sich die Bundesstaaten nicht mit Steuererhöhungen behelfen, — sie wendet sich auch gegen eine Vermögenszuwachssteuer, die dem Wohlstand schade, Sparsamkeit und Fleiß verhindere und nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sittlich bedenklich sei. Sie fährt gröbstes Geschütz auf gegen die Besteuerung des Gatten- und Kindeserbes in der Vermögenssteuervorlage, sowie gegen das Erbrecht des Reichs und sie verlangt, daß man den Grundbesitz, der durch Wertzuwachssteuer und Grundstücksstempel belastet sei, wenigstens der Besteuerung durch Staat und Kommunen hätte entziehen sollen. Warum verlangen die Junker nicht gleich völlige Steuerfreiheit des Grundbesitzes und obendrein noch direkte Prämien aus der Staatskasse? Indirekt sind sie ja schon Kostgänger des Staates, solange die heutige Zoll- und Steuerpolitik besteht.

Der reaktionär-agrarische Charakter der Steuervorlagen ist so durchsichtig, daß sich auch das liberale Bürgertum mit aller Entschiedenheit dagegen wendet. So schreibt die „Frankfurter Ztg.“ zu den Steuervorlagen: „Was an ihnen groß ist, ist Trug. Aber echt ist die unterwürfige Gesinnung, die sich dem Gebot der Agrarier in allem wesentlichen fügt. Wir vermissen bei der Regierung jedes Gefühl für die Ungeheuerlichkeit dessen, was sie mit den Wehrvorlagen wie mit den Steuergesetzen dem Volke zumutet. Aber wir sind überzeugt, daß das Volk, wenn erst die gegenwärtige Umnebelung der Gemüter behoben ist, der Regierung und den Chauvinisten diese Rechnung heimzahlen. — Was uns anlangt, so halten wir es für einen

verhängnisvollen Fehler des Kanzlers, daß er dem Rüstungstaumel dieser Monate so widerstandslos nachgegeben und ihn zum guten Teil selbst mit heraufbeschworen hat. Er hat damit seinem Lande einen kaum wieder gutzumachenden Schaden zugefügt. Der Schaden wird vervielfacht durch die hilflose Regelung der Deckungsfrage. An diesen Steuervorschlägen mit all ihrer Umgehung der drängenden finanzpolitischen Probleme darf die Linke unter keinen Umständen mitschuldig werden."

In ähnlich entschiedener Weise sprechen sich die Berliner Fortschrittsblätter aus. — Von Bassermann hört man, daß er im Reichstage die Reichserbschaftssteuer beantragen werde, sodaß anzunehmen ist, daß auch die Nationalliberalen nicht blindlings diese agrarische Steuermache akzeptieren werden. Schärfste Kämpfe sind jedenfalls sicher, und die Sozialdemokratie wird in diesen Kämpfen in erster Reihe stehen; für sie gibt es kein Kompromiß. Für die Sozialdemokratie kann es nur heißen: Gegen den Rüstungswahnsinn! Gegen die junkerlich-klerikalen Steuer-Attentate!

Moloch Luftmilitarismus.

Die „Nordd. Allgem. Ztg." bringt in ihrer Ausgabe vom Sonnabend abend eine neue sensationelle Überraschung. Sie kündigt nämlich über die Forderungen der ungeheuerlichen neuen Militärvorlage hinaus weitere gewaltige Ausgaben für den Luftmilitarismus an. In der Heeresvorlage werden allein die einmaligen Ausgaben für die Luftschiffahrt auf 79 Millionen beziffert. Dazu kommen die laufenden Ausgaben, die nicht näher angegeben werden, sich jedenfalls aber auf viele Millionen jährlich belaufen, da ja bekanntlich acht neue Luftschiffer- und Flugbataillone formiert werden sollen!

Diese Ausgaben werden aber ergänzt durch weitere Ausgaben für das in der Heeresvorlage nicht berücksichtigte Marineluftschiffwesen. Wie das offiziöse Organ mitteilt, soll dem Reichstag demnächst ein Ergänzungsetat zugehen, in dem zunächst 3 Millionen gefordert werden. Dieser Betrag ist aber nur die erste kleine Abschlagsrate. Denn eine von der „Nordd. Allgem. Ztg." veröffentlichte Denkschrift über die geplante Entwickelung des Luftschiff- und Flugwesens in der Kaiserlichen Marine für die Jahre 1914 bis 1918 beziffert die Ausgaben für die Marineluftschiffahrt allein auf nicht weniger als 50 Millionen Mark!

Es sollen nämlich zwei „Luftschiffstaffeln" geschaffen werden. Jede dieser beiden Staffeln soll aus vier in Dienst befindlichen Luftschiffen und einem Luftschiff als Materialreserve bestehen. Der als Standort für diese beiden Luftschiff-Flotten geplante Luftschiffhafen soll vier Doppeldreihallen, feste Hallen für die Materialreserve, Gasanstalten, Unterkunftsanlagen für die Mannschaften und allerlei Nebenanlagen erhalten.

Weiter sollen zur Verfügung der Marine 50 Flugmaschinen gestellt werden. Davon sollen 36 Flugzeuge in Dienst gehalten werden und 14 Flugzeuge als Materialreserve dienen. Auch für diese Gattung der Marineluftflotte sollen Flugplätze, Außenstationen mit allen notwendigen Einrichtungen geschaffen werden.

Die Kosten dafür sollen wie gesagt 50 Millionen betragen. Davon entfallen 11 Millionen auf die Beschaffung von Luftschiffen; 14 Millionen auf die Herstellung der Anlagen; 10 Millionen auf laufende Kosten; 9 Millionen auf Beschaffung der Flugzeuge und der entsprechenden Anlagen und endlich 6 Millionen auf die Unterhaltung des Luftfahrpersonals, das eine Stärke von 1452 Mann an Deckoffizieren, Unteroffizieren und Mannschaften erhalten soll. Die Höhe der Jahresraten beträgt also durchschnittlich 10 Millionen Mark!

Das Baby Luftmilitarismus, das kaum zwei Jahre alt ist, verlangt also schon für die allernächste Zukunft ganz enorme Unterhaltungskosten! Denn wenn wir zu den 50 Millionen für das Marineluftschiffwesen die oben erwähnten 79 Millionen einmaliger Ausgaben der Heeresvorlage rechnen, ferner die Unterhaltungskosten für die dem Landheer angegliederten Luftfahrerbataillone, so ergibt sich bereits für das nächste Jahrfünft nach den bereits heute vorgelegten Berechnungen ein Betrag von sicherlich **weit über 50 Millionen Mark, das heißt jährlich über 30 Millionen Mark!** Aller Wahrscheinlichkeit nach beruhen diese Zahlen aber sehr auf Unterschätzung. Denn wenn beispielsweise in der Denkschrift über das Marineluftschiffwesen mit einer Gebrauchsdauer der Luftschiffe von vier Jahren gerechnet wird, so ist das ein geradezu bodenloser Optimismus! Hinzu kommt aber, daß die Riesenrüstungen des deutschen Luftmilitarismus nun erst recht ein internationales Luftrüsten auslösen werden, das auch die deutschen Luftrüstungsausgaben wieder rapid in die Höhe treiben wird!

Welch wunderbare Perspektive für die Steuerzahler!

Abzahlung an die Schwarzen!

Das Zentrum präsentiert seine Rechnung! Dafür, daß es bei den Reichstagswahlen 200 000 Stimmen ins konservative Lager kommandierte und in Schlesien den Herren Heydebrand, Oertel, Graf Carmer u. a. ins Parlament verholfen hat, müssen die Konservativen jetzt schwer zahlen. Sie müssen in Breslau-Land-Neumarkt und in Jauer-Bolkenhain je ein Mandat, das bisher in konservativem Besitz war, an die Zentrumspartei abtreten und die hungrigen Schwarzen sind mit diesem Tribut noch nicht zufrieden.

Sehnsucht nach kleinen Garnisonen.

Die „Germania" kommt noch einmal auf die Verhandlungen des Reichstags über den konservativen Initiativ-Antrag zurück, der die Vermehrung der kleinen Garnisonen forderte. Das ultramontane Blatt legt der Heeresverwaltung nahe, den Wünschen der Konservativen entgegenzukommen, und zwar sowohl aus politischen, wie auch aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus. Angeblich soll das vom Lande gelieferte Rekrutenmaterial das denkbar beste sein, und schon das rechtfertigt angeblich das konservative Verlangen. Außerdem soll die Verpflegung der Truppen in den kleinen Garnisonen sich erheblich billiger stellen, weil alles an Ort und Stelle eingekauft werden könnte. Vielleich erkundigt sich die „Germania" gelegentlich einmal, bei der Verwaltung eines Proviantamtes, welche Erfahrungen man dort mit dem direkten Einkauf bei den Landwirten gemacht hat. Diese Erfahrungen sind so, daß die Heeresverwaltung davon abgekommen ist, und nur während der Manöver, im Notfalle sich bereit erklärt hat, die von den Agrariern geforderten hohen Preise zu bezahlen. Die Sehnsucht der Agrarier nach kleinen Garnisonen resultiert auch hauptsächlich aus dem Wunsch, zahlungsfähige Käufer in der Nähe zu haben. — Um der konservativ-ultramontanen Forderung aber noch einen besonderen Nachdruck zu verleihen, schwenkt die „Germania" den roten Lappen, indem sie darauf hinweist, daß die ländlichen Rekruten in den Großstädten sozialdemokratisch infiziert werden, um dann, in die Heimat zurückgekehrt, die anderen jungen Leute zu verderben. Die „Germania" bringt diese Auslassungen offenbar im Hinblick auf die bevorstehende Militärvorlage, und die blau-schwarzen Brüder haben offenbar die Absicht, die Gelegenheit beim Schopfe zu ergreifen und sich für die Bewilligung der Militärvorlage eine Anzahl kleiner Garnisonen versprechen zu lassen.

Zentrum und Preußenwahlrecht.

Auf einem Parteitage des Zentrums für die Grafschaft Mark, die in Gelsenkirchen stattfand, wurden folgende Sätze als Wahlrechtsforderung des preußischen Zentrums aufgestellt:

1. Das Landtagswahlrecht ist zwar reformbedürftig, aber die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ist nach Lage der Verhältnisse absolut aussichtslos. 2. Die Bestrebungen, das Reichstagswahlrecht auf Preußen zu übertragen, sind stark diskreditiert durch die Sozialdemokratie und die sechs sozialdemokratischen Abgeordneten des Abgeordnetenhauses. 3. Eine schrittweise Verbesserung des Landtagswahlrechts muß das nächste Ziel sein, und zwar zunächst durch Einführung der geheimen Wahl für die Urwahlen. 4. Die direkte Wahl ist erstrebenswert, darf aber kein Hindernis sein für die Erreichung der geheimen Wahl. 5. Solange das Dreiklassenwahlrecht besteht, muß es unsere größte Sorge sein, daß es nicht verschlechtert wird, wie es durch Aufhebung der Drittelung in den Urwahlbezirken geschehen würde.

Man kann dem Zentrum dankbar sein, daß es so unverblümt die Forderungen des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für den preußischen Landtag preisgibt. Bis jetzt hat es immer noch aus Rücksicht auf seine Wähler aus dem Arbeiterstande und aus Rücksicht auf evtl. Wahlhilfe der Sozialdemokraten der Welt vorgespiegelt, es trete für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die preußischen Landtagswahlen ein. Der jetzige Beschluß schafft Klarheit: das Zentrum gehört jetzt auch offen, wie innerlich schon längst, zu den konservativ-nationalliberalen Feinden einer ernsthaften Reform des preußischen Landtagswahlrechts.

Zur Bekämpfung der Schundliteratur.

Einer Korrespondenz zufolge bereitet die Reichsregierung einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Schundliteratur vor, der dem Reichstage noch im kommenden Winter zugehen soll. Gegenwärtig finden Verhandlungen zwischen den zuständigen Ressorts statt, die sich im wesentlichen auf eine Ergänzung der §§ 56 und 42a der Gewerbeordnung beziehen. Gesetzlich soll festgelegt werden, daß nicht nur die Kolportage und der Verkauf von Erzeugnissen der Schundliteratur im Umherziehen ausgeschlossen ist, und daß sie auf öffentlichen Plätzen und Straßen nicht feilgeboten werden, was bereits die Gewerbeordnung bestimmt, sondern daß auch eine Ausstellung derartiger Erzeugnisse in den Schaufenstern und Läden verboten wird. Auch die Strafbestimmungen sollen verschärft werden.

Das Fiasko der deutschen Schutzzoll-Politik.

In einem umfangreichen Artikel über die Milliardenabgabe wendet sich die „Frankfurter Zeitung" gegen die Schutzzollpolitik des Reiches. Sie sagt, daß die Regierung, wenn sie jetzt zu einem Mittel greife, das man sonst nicht einmal im Kriege, und selbst kaum nach einem verlorenen Kriege angewendet hat, selbst eingesteht, daß nach ihrem eigenen Urteil heute der unvermögende Bürger in Deutschland Lasten trägt, die tatsächlich bereits die Grenze des Menschenmöglichen erreichen oder überschreiten. Nach einer Untersuchung dieser ursprünglichen Zwecke und Wirkungen der Zölle kommt das Blatt zu dem Schluß, daß „das Zollsystem als Mittel für erhöhte Einnahmen des Reiches schmählich Fiasko gemacht hat. Deutschland ist aus einem Lande billiger Lebensführung zum vielleicht teuersten Europas geworden. In den letzten Jahren hat die Teuerung aller Waren, insbesondere der notwendigsten Lebensmittel einen direkt unerträglichen Grad erreicht; aber die Reichseinnahmen zeigen nichts von der davon erwarteten Steigerung. Wir haben die Zölle immer höher geschraubt, und die Einnahmen sind immer schlechter geworden. Wir müssen die Zölle herabsetzen, wenn die Finanzen gesunden sollen. Die Schutzzölle ruinieren die Finanzen, weil sie die eigenen Ausgaben des Fiskus steigern." Nach weiteren Ausführungen über den geringen Anteil des Reiches an den Zollerträgnissen, deren größter Teil in die Taschen der privaten Produzenten fließt, schreibt das Blatt:

„Das deutsche Volk trägt eine ungeheure indirekte Steuerlast. Aber die Reichsfinanzen leiden Not, weil von dieser ungeheuren indirekten Steuerlast der weitaus größte Teil privaten Steuerbeziehern zufließt, weil das Reich diese Steuern nicht für sich erhebt, sondern nur, um einer kleinen Schar privater Bevorzugter Jahr für Jahr daraus ein Geschenk von Milliarden zu machen. Jetzt sind wir damit am Ende. Neue indirekte Steuern wären in dieser Zeit der Teuerung nicht mehr zu ertragen. Das bestätigt nun auch die Regierung, indem sie mit der einmaligen Abgabe an die Vermögenden appelliert. Aber auch die direkten Steuern werden auf die Dauer nur dann erträglich und vor allem ertragreich genug sein, wenn man anfangen wird, die als private Steuern wirkenden Schutzzölle abzutragen und Steuern nur für die Gesamtheit zu erheben. Die Finanznot des Reiches wie der Einzelstaaten und der Kommunen drängt ebenso wie die wirtschaftlichen Wirkungen unserer Zollpolitik immer zwingender zu einem Abbau des Schutzzollsystems. Diese Ansicht wird durch die jetzigen furchtbaren Neuforderungen für die Rüstungszwecke und durch die seltsamen Deckungspläne in weiten Kreisen geweckt werden, und so werden diese Pläne auf die Dauer doch wenigstens ein Gutes wirken!"

Wie Diplomaten gemacht werden.

Der Grenzboten-Redakteur George Cleinow hat, wie seinerzeit mitgeteilt wurde, den schriftlichen Nachlaß und den Briefwechsel Kiderlen-Waechters geerbt. Es war zu erwarten, daß die „Grenzboten" aus diesem Material des verstorbenen Staatssekretärs manches veröffentlichen werden; soll doch besonders der sehr umfangreiche Briefwechsel Kiderlen-Waechters, wie nach seinem Tode gesagt wurde, viel Interessantes auch in politischer Beziehung enthalten. In der letzten Nummer des „Grenzboten" (Nr. 13 vom 26. März) beginnt nun George Cleinow mit der Veröffentlichung einiger Briefe aus diesem Nachlaß. Sie stammen aus den Jahren 1879/80, der Zeit, in der Kiderlen aus dem württembergischen Justizdienst in den Reichsdienst übertrat und zeigen in drastischer Weise, wie Diplomaten gemacht werden.

Kiderlen-Waechter kam als junger Assessor zunächst in die Konsulats-Abteilung und stellt in dem Briefe an seinen Schwager, den Obersten von Lattre, bald eingehende Betrachtungen darüber an, ob er im Konsulatsdienst oder im diplomatischen Dienst rascher voran und zu einer „pekuniär selbständigen Stellung" gelangt. Schließlich entscheidet er sich für die Diplomatie, bei der es, wie Cleinow in seinen einleitenden Worten bemerkt, nicht ohne Protektion und allerhand freundschaftliche Schiebungen abgeht. Kiderlen schreibt in dieser Beziehung sehr offenherzig am 29. Juli 1879 an seinen Schwager, den Obersten von Lattre:

„Was mich betrifft, so wird in zehn Tagen der Geh. Rat von Bülow zurückkommen, mit dem ich dann über meine Aussichten sprechen werde. —Da es aber hier wie überall gut ist, einen Hinterhalt an jemand zu haben und Varnbüler nicht so bald hierherkommen wird, so will ich mich noch an Spitzemberg wenden, mit dem ich schon früher gesprochen habe. Derselbe war, namentlich auch auf das Zureden seiner Frau, nicht abgeneigt, ein gutes Wort für mich einzulegen. Er wird dies um so eher tun, wenn er weiß, daß in Stutgart die Stimmung mir wieder günstiger ist. — Wenn Du in dieser Richtung einmal allerhöchsten Ortes gelegentlich etwas anbringen könntest, so würde mir das sehr förderlich sein; wenn z. B. hier durch irgend jemand angebracht würde, man interessiere sich für mich. Du kannst das vielleicht einmal in diplomatischer Weise anbringen. Ein Leutnant Schön (der spätere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes), der zur Diplomatie übergetreten ist, ist z. B. gleich nach Madrid geschickt worden, weil sich der Großherzog von Hessen für ihn interessierte. — Also schaden kann es immerhin nicht."

Und in einem späteren Brief:

„. . . . Uebrigens sicherte mir Herr von Bülow für beide Fälle (die Konsulats-, wie die diplomatische Karriere) seine Befürwortung zu und sagte, man wolle mir überhaupt wohl. Daß letzteres wahr und nicht bloß so eine Redensart ist, habe ich, wie ich Dir ganz im Vertrauen mitteile, durch eine kleine Indiskretion eines Beamten erfahren, der mir sagte, daß man vom Auswärtigen Amte aus über mich und meine Verhältnisse usw. in Stuttgart beim preußischen Gesandten Magnus Erkundigungen eingezogen habe und daß dessen Bericht äußerst günstig gelautet habe!!! Der Tapp (ein in Schwaben beliebtes Kartenspiel) hatte doch auch seine Früchte."

Aus den weiteren Briefen geht dann hervor, daß Kiderlen-Waechter, dank der fortgesetzten Unterstützung des würtembergischen Ministers v. Varnbüler eine außerordentlich rasche Karriere gemacht hat, und Kiderlen-Waechter besaß die Gabe, alle die bei einer solchen Günstlingswirtschaft so zahlreichen Gelegenheiten, sich beliebt zu machen, auszunützen. Er ist noch nicht lange „Kollege" des Herrn v. Holstein, als dessen Briefe schon sehr intimen Charakter annehmen und mit Waidmannsheil geschlossen werden, und er versteht es, mit dem alten Bismarck zu trinken und mit der Fürstin Bismarck zu plaudern, wie den Söhnen Bismarcks ein guter Führer durch die Salons von Petersburg zu sein. Alles das ist in der diplomatischen Laufbahn viel wichtiger, als Arbeiten und Kenntnisse und bringt rascher und schneller voran.

Vielleicht veröffentlicht der „Grenzbote" noch weitere Dokumente aus dem Nachlaß Kiderlen-Waechters, die zeigen, daß auch andere eine erfolgreiche Karriere mit ähnlichen Mitteln machten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 31. März.

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer des Gewerkschaftskartells und des Arbeitersekretariats wird Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, abends von 8—9 Uhr, zur Entgegennahme der Beiträge im Gewerkschaftshaus anwesend sein.

Achtung, deutscher Bauarbeiterverband! Wegen Nichtzahlung des Tariflohnes für Hilfsarbeiter ist über die Firma Glogner (Bau Hochofenwerk) die Sperre verhängt. Kein organisierter Kollege darf dort selbst in Arbeit treten.

Der Zweigvereinsvorstand.

Achtung! Fensterputzer! Der mit dem Reinigungsinstitut „Fortuna" (Inhaber W. Westfehling), Engelsgrube 30, abgeschlossene Tarif ist seitens der Putzer zum 31. März d. J. gekündigt worden. Angebahnte Verhandlungen mit dem Arbeitgeber sind bis jetzt resultatlos verlaufen. Der Zuzug von Putzern nach dem oben genannten Betriebe ist fernzuhalten. Uebe ein jeder Solidarität! Deutscher Transportarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Lübeck.

Achtung, Möbelhilfsarbeiter! Da die Arbeitgeber einen Tarifabschluß für die Möbelhilfsarbeiter ablehnen, so ist beschlossen, daß ab 1. April d. J. ein Stundenlohn von 70 Pfg. zu fordern sei. Es darf also kein Möbelhilfsarbeiter unter diesem Stundenlohn arbeiten. Erfülle ein jeder seine Pflicht!

Deutscher Transportarbeiter-Verband,
Zahlstelle Lübeck.

Die freie Jugendbewegung ist allen Volksfeinden begreiflicherweise ein Dorn im Auge, weil ihr Ziel ist, die jungen Leute zu aufrechten Menschen zu erziehen, die [illegible]

befähigt sind, im Kampfe der Arbeit um ein menschenwürdiges Dasein ihren Mann zu stellen. Die „nationale" Jugendbewegung betreibt hingegen, wie wir erst kürzlich bemerkten, die Pflege der Dummheit. Durch allerlei äußerliche und oberflächliche Spielereien oder durch eine einseitig als einzige Aufgabe in den Vordergrund geschobene Körperpflege will man in der arbeitenden Jugend den Bildungstrieb ersticken und den Drang nach wissenschaftlicher Erkenntnis töten. Umgekehrt will die freie Jugendbewegung vor allen anderen den jugendlichen Arbeitern Freude am Lernen und an der kritischen Wahrheitserkenntnis bringen. Die „Lübeckischen Anzeigen", von denen erst kürzlich im Gerichtssaal gesagt wurde, daß sie auf einem tiefen moralischen Niveau stehen, lassen am Sonntag ihren Wurm über den „sozialdemokratischen Jugendfang" laufen und phantasieren davon, daß „die deutsche Jugend zu gesund sei, um allzuleicht der pathologischen Selbstvergiftung der Sozialdemokratie anheim zu fallen". Auch wir sind davon überzeugt, daß die deutsche Jugend gesund ist, und gerade deshalb wird sie sich der Richtung zuwenden, die für eine Gesundung unserer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse eintritt, der modernen Arbeiterbewegung. Zum Leidwesen aller Reaktionäre und ihrer journalistischen Handlanger.

Wie soll man ein Kind für die Schule vorbereiten? In dem Augenblick, wo ein Kind zur Schule kommt, tritt es ins Leben und damit in den Wettbewerb der Kräfte, den das Leben nun einmal mit sich bringt. Um dem Kinde von vornherein einen Vorsprung zu geben, quälen sich viele Eltern nutzlos ab, dem Kinde Wissen und Fertigkeit beizubringen, die ihnen für den Anfangsunterricht nützlich scheinen. Leider verfallen sie dabei meist auf das Unrichtige. Von 50 Kindern können 20 gewöhnlich bis 100 zählen, d. h. sie sagen sinnlos die Namen der Zahlen hintereinander her; es ist aber nur Gedächtniskram ohne jede Vorstellung von der Größe der genannten Zahlen. Alles aber, was mechanisch hergesagt wird, entwöhnt den kindlichen Geist, zu denken. Er wird zum geist- und seelenlosen Zählapparat. Manche Mütter geben sich monatelang die größte Mühe, die verschiedensten Buchstabenformen üben zu lassen. Dagegen ist einzuwenden: Die Eltern haben eine ausgeschriebene Hand, d. h. sie haben ihre Schrift ihrem Charakter gemäß geformt, Formen vereinfacht, abgerundet, Schnörkeleien hinzugefügt, deren sie sich kaum bewußt sind. Die Schule aber fordert, und das mit Recht, eine genaue, bis ins kleinste festgelegte Schrift. Das Kind muß also umlernen und hat doppelte Mühe. Vor allem hüte man sich, mit dem Kinde zu lesen. Die Eltern haben es meist vergessen, daß sie als Abecschützen lautiert und nicht buchstabiert haben. Buchstabiert man einem Kinde vor: vau — a, so spricht es natürlich auch vaua. Die Einführung in den Leseunterricht überlasse man nur getrost der Schule. Aber die Eltern sind sehr wohl imstande, dem Lehrer gerade diesen Unterricht zu erleichtern; das geschieht durch eine sorgfältige, deutliche, lautreine Aussprache. Leider beachten das viele Eltern nicht. Sie meinen vielmehr, durch Anpassung an die kindliche Ausdrucksweise ihren Kindern einen Dienst zu erweisen. Sie bemühen sich, mit den Kindern zu lallen, zu stammeln und zu lispeln. Da wird aus einem Kuckuck ein „Tuttut", aus einem Kindchen ein „Tintchen", und was dergleichen Verstümmelungen mehr sind. Kinder aber ahmen nichts so leicht nach als schlechte Sprachgewohnheiten. „Mit kleinen Kindern soll man sprechen wie mit vornehmen Herren" sagt ein bekannter Kinderpsycholog.

Aber nicht nur nachsprechen soll das Kind, sondern auch selbständige Sätze bauen. Wenn gefragt wird: „Was siehst du auf dem Bilde?", so muß es zum Beispiel antworten können: „Ich seh ein Haus und eine Frau mit dem Kinde auf dem Arm." Das Kind zum Sprechen zu bringen, sich etwas von ihm erzählen zu lassen — Vorgänge in der Familie, in der Stadt, in Feld und Wald werden dazu reichlich Gelegenheit geben — ist die sicherste Gewähr dafür, daß es auch im Unterrichte Fortschritte machen wird, besonders wenn das Kind daran gewöhnt wird, einfache Dinge, die der nächsten Umgebung entnommen sind, auch nachzuzeichnen: eine Pflaume, einen Apfel, ein Rad, ein Fenster usw. Dieses Zeichnen gewöhnt den kindlichen Geist daran, die Formen der Dinge scharf zu beobachten, sie sich einzuprägen. Dadurch wächst die Fähigkeit überhaupt, Geschautes deutlich aufzufassen und nachzubilden. Schließlich aber sind auch Aeußerlichkeiten, wie der Gebrauch des Taschentuches, das An- und Ablegen von Mantel und Mützchen und das Auf- und Abschnallen des Schultornisters zwar anscheinend selbstverständliche Dinge; viele jedoch der kleinen Abecschützen zeigen sich hierin von Hause aus nicht unterwiesen.

Zum Schluß noch einige Worte über körperliche Pflege und Erziehung vor der Schulzeit. Vor allen Dingen muß man das Kind vernunft- und naturgemäß erziehen, das heißt die Eltern müssen alles vermeiden, was das Nervensystem schädigen kann. Daß Alkoholgenuß im jugendlichen Alter besonders schädlich wirkt, bedarf keines Beweises. Leider wird dagegen oft gesündigt. Unverständige Eltern nehmen ihre Kleinen oft mit zu lärmenden, aufregenden Vergnügen, lassen sie stundenlang in Rauch und Qualm sitzen und geben ihnen nicht selten Bier oder Schnaps. — Geistige Anstrengungen sollte man nach Möglichkeit vermeiden. Aus den „Wunderkindern", die bei jeder Gelegenheit durch ihren „Geist" glänzen müssen und schon alles Mögliche können, wenn sie zur Schule kommen, wird selten etwas Gescheites. Falsch eingerichtete und unverständig geleitete Kindergärten können großen Schaden stiften. Lassen wir die Kinder tummeln und spielen, schärfen wir ihre Sinne durch Beobachtung der Natur, regen wir den Trieb zur Selbständigkeit an! Pferchen wir sie nicht schon frühzeitig in geschlossene Räume, zwingen sie nicht zum Stillesitzen und Händefalten, und lassen sie nicht Unverstandenes nachplappern. Sorgen wir dafür, daß unsere Kinder gesund und froh aufwachsen, dann werden sie den Anforderungen der Schule gewachsen sein.

Das Eingemeindungsgesetz tritt mit dem morgigen Tage in Kraft. Vom Senat und von den Behörden wird deshalb gestern im Amtsblatt eine ganze Reihe notwendiger Verordnungen erlassen. Der Senat hat beschlossen: Die Verordnungen und Bekanntmachungen, welche bisher für diejenigen Gebietsteile gültig waren, die mit dem 1. April 1913 in die Stadtgemeinde Lübeck eingemeindet werden, bleiben bis auf weiteres für diese Gebietsteile in Kraft, soweit nicht ein anderes besonders angeordnet ist. Unter der gleichen Voraussetzung finden die für die Stadt Lübeck und deren Vorstädte erlassenen Verordnungen und Bekanntmachungen bis auf weiteres auf die eingemeindeten Gebietsteile keine Anwendung. Die Obliegenheiten der Gemeindevorstände in Travemünde und den Landgemeinden gehen mit dem 1. April 1913 bezüglich des Eingemeindungsgebietes auf die für die betreffenden Amtsgeschäfte in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten zuständigen Behörden über, soweit nicht für einzelne Geschäfte oder Geschäftszweige von der zuständigen Stelle Abweichendes bestimmt ist oder noch bestimmt wird. Die Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde, welche für den Stadtteil Travemünde den Verkehr des Publikums mit den Behörden und bis auf weiteres auch mit der Ortskrankenkasse zu vermitteln hat, befindet sich vom 1. April d. Js. ab in Travemünde, Neustraße 3, Erdgeschoß. Die Geschäftsstelle ist werktäglich von 9 bis 1 und von 3 bis 5 Uhr geöffnet. Die polizeilichen Angelegenheiten mit Ausnahme des von der Geschäftsstelle wahrzunehmenden Einwohnermeldewesens werden wie bisher im Polizeibureau in Travemünde, St.-Lorenzstraße, erledigt. Zum 1. April wird in Schlutup, Wesloer Straße 1, eine amtliche Geschäftsstelle für den Stadtteil Schlutup errichtet, welche den Verkehr des Publikums mit den Behörden zu vermitteln bestimmt ist. Die Geschäftsstunden sind bis auf weiteres von 9—12 und 3—5 Uhr festgesetzt. Die Geschäfte der Ortskrankenkasse und Invalidenversicherung werden auch weiterhin im bisherigen Gemeindebureau, Kirchstraße 15, besorgt.

Der Arbeitgeberverband im Malergewerbe, Ortsgruppe Lübeck, ist sehr erbost darüber, daß sich ein großer Teil der Meister mit den Gehilfen geeinigt hat. In einem recht kläglichen Inserat in der bürgerlichen Presse, in dem sie allerdings die Angaben der Gehilfen und derjenigen Geschäftsinhaber, welche dem Sondertarifabkommen beigetreten sind, nicht widerlegen können, flehen seine Angehörigen ihre „werte Kundschaft" an, ihnen „im weitsichtigen eigenen Interesse" treu zu bleiben. Dieses Gestöhne ist bezeichnend dafür, daß die Aussperrer selbst ihre Sache für verzweifelt halten. Auch in ihren Kreisen mehrt sich die Zahl derjenigen, welche die Halsstarrigkeit gewisser Macher des Arbeitgeberverbandes verwünschen, zumal die Ansicht allgemein bei den hiesigen Meistern vertreten ist, daß man in Lübeck sonst schon längst zu einer Einigung gekommen wäre.

b. **Erste Strafkammer** am 29. März. Zu fünf Monaten Gefängnis wurde der Arbeiter G. verurteilt, der in einer Herberge einem Kameraden das Portemonnaie mit 2 Mark Inhalt aus der Tasche zog. Auch ein Taschenmesser eignete sich G. mit demselben Griff an. Der Angeklagte ist Rückfallsdieb. — Seine Logiswirtin bestahl der Pferdeknecht W. In deren Abwesenheit sprengte er die schwach verschlossene Tür, nahm die herumliegenden 5 Mark und eine silberne Taschenuhr, mietete sich dann anderwärts ein, wo er gleich einem Mitbewohner die Legitimationspapiere stahl. Unter Berücksichtigung mildernder Umstände wurde W. wegen schweren Rückfallsdiebstahls zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. — Der Diener der Frau Konsul, ein 18jähriger Bursche B. mißbrauchte das in ihn gesetzte Vertrauen und stöberte den Schreibtisch durch, wenn sich die Frau im andern Zimmer befand. Er holte heraus was ihm paßte: eine goldene Taschenuhr, einen Zwicker, Ringe, Fernrohr und Geld. Mit den 60 Mark in Gold wanderte er ins Bordell, wo in der einen Nacht 50 Mark verjubelt wurden. Bei der Anzeige suchte der Bursche den Verdacht auf das Dienstmädchen zu lenken. Die gestohlenen Gegenstände warf B. in die Trave. Dem Angeklagten wurden weitgehende Milderungsgründe zugebilligt. Er kam mit 6 Monaten Gefängnis davon, während der Staatsanwalt 9 Monate beantragt hatte. — Wegen Diebstahls und Hehlerei sind die Arbeiter B. und L., sowie der Trödler Z. aus Schlutup angeklagt. An der Wegscheidung von Israelsdorf nach Schlutup sah B. Kupferdraht liegen, der zum Straßenbahnbau verwendet wurde. Da er in Not war und Brot für die Kinder brauchte, das während langer Krankheit sehr knapp in der Familie war, meinte B. zu seinem Bekannten, da wäre etwas Geld zu verdienen. In den dunklen Abendstunden wurden nun an verschiedenen Tagen die Kupferdrähte von der Rolle abgerissen und nach Schlutup getragen. Während B. aus Not handelte, half L. mehr aus Gutmütigkeit mit. Morgens früh schleppte B. die Säcke zu dem Trödler, der ihm für das Pfund 40 Pfg. bezahlte. Insgesamt wurden etwa 90—100 Mark ausgegeben, Z. selbst verkaufte die Ware wieder für 57 Pfg. pro Pfund weiter. Die schwerste Schuld lastet auf dem Trödler, dem vorgeworfen wird, daß er bei dem nochmaligen Angebot hätte stutzig werden und nach dem Herkommen des neuen Kupferdrahtes und einiger Laschen hätte fragen müssen. Auch eingetragen ins Kontrollbuch — eine notwendige Bedingung für jeden Althändler — wurde der Kauf nicht. Der Staatsanwalt beantragte gegen B. und L. je 2 Monate Gefängnis, gegen Z. aber wegen gewerbsmäßiger Hehlerei 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Er habe eine große Frechheit an den Tag gelegt und sei durch den wiederholten Ankauf mit schuld an den weiteren Diebstählen. Das Urteil lautet bei B. und L. auf je 3 Monate Gefängnis und bei Z. auf 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (zehn Pfennig für je 20 Gramm): „George Washington", ab Bremen 5. April, „Kaiser Wilhelm der Große" ab Bremen 8. April, „President Lincoln" ab Hamburg 10. April, „Kaiser Wilhelm II." ab Bremen 15. April, „Kaiserin Auguste Victoria" ab Hamburg 17. April, „Kronprinz Wilhelm" ab Bremen 22. April, „Prinz Friedrich Wilhelm" ab Bremen 26. April, „Kronprinzessin Cecilie" ab Bremen 29. April, „Amerika" ab Hamburg 1. Mai (Postschluß nach Ankunft der Frühzüge). Alle diese Schiffe, außer „President Lincoln", sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsgelegenheit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitvermerk, wie „direkter Weg" oder „über Hamburg oder Bremen" zu versehen.

pb. **Verhaftungen.** Festgenommen wurden zwei Kaufmannslehrlinge von hier wegen Brandstiftung und Entwendung von Champagner, und ein Arbeiter aus Rosch wegen Diebstahls eines Fahrrades.

pb. **Gestohlene Ziege, Hühner, Kaninchen.** In der Nacht zum 30. d. M. ist einem Arbeiter auf Hof Buntekuh eine weiße Ziege, zirka zwei Jahre alt ohne Hörner, gestohlen worden. — Einem Wagenschieber in Moislinger Heide sind zwei Hühner aus dem Stall gestohlen und an Ort und Stelle abgeschlachtet. — Aus dem Stalle eines Grundstückes der Schwartauer Allee ist in der Nacht zum 30. d. M. ein graues Kaninchen gestohlen worden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Die erste Wiederholung der zu Ehren Friedrich Hebbels am 26. März mit überaus würdigem Erfolg gegebene „Agnes-Bernauer"-Aufführung ist auf Donnerstag angesetzt. Sie soll dem Interesse des Publikums besonders empfohlen sein. Für heute sei noch einmal auf die Aufführung von Otto Anthes feinsinnigem Schauspiel „Frau Juttas Untreue" aufmerksam gemacht. Dienstag: „Der Freischütz". Mittwoch: „Der Frauenfresser."

Moorgarten. Die Volksversammlung, die am Sonnabend im Saale des „Wachholderkrug" stattfand, war verhältnismäßig sehr gut besucht. Das Referat des Genossen Bromme über „1813 in Wahrheit und Blendwerk" wurde mit lebhaftem Beifall entgegengenommen. In einem Schlußwort behandelte Genosse Bromme auch noch kurz die neue Vorlage des Rüstungskollers und unterzog besonders die vorgeschlagene Deckungsfrage einer scharfen Kritik. Dann forderte der Vorsitzende Genosse Trippler zu einer regen Werbung neuer Mitglieder und Abonnenten für den „Volksboten" auf, und schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Rensefeld. Gemeinderatssitzung. Die Wasserversorgung in Cleverbrück durch das Wasserwerk in Schwartau wurde in zweiter Lesung debattelos genehmigt. Der Vertrag ist auf 20 Jahre abgeschlossen. Von der Wegekommission, die in letzter Sitzung gewählt war, wurde Bericht erstattet. Sie empfahl dem Gemeinderat, zu der in der Lindenstraße am Kirchhof vorzunehmenden Pflasterung in Länge von 300 Mtr. die Kirchengemeinde um die Hälfte der Baukosten mit 1600 Mark vorzubelasten. Von der Großherz. Regierung soll das Steinmaterial frei zur Verfügung gestellt werden. Die Gesamtbaukosten sind verrechnet auf 3600 Mk. Die Vertretung schloß sich dem Antrage an. Weiter empfahl die Kommission verschiedene Fußwege, unter andern von Pohnsdorf nach Cleve, von Rensefeld nach Cleve, von Gr. Parin nach Rensefeld, bis zur Einmündung in den Horsdorfer Kirchensteig, von Gr. Parin nach Hobbersdorf und von Horsdorf nach Hobbersdorf aufzuheben. Einige von diesen sind ganz unbekannt und als Richtwege kommen sie überhaupt nicht in Frage. Der Gemeinde entstehen höchstens Kosten durch ihr Weiterbestehen. Auch diesem Antrage wurde zugestimmt. Ferner wurde auf Antrag der Kommission beschlossen, bei dem Landesverband zu beantragen, die Wegestrecke Rensefeld — Kl. Parin zu übernehmen. Es sind von dem Gemeinderat 12 000 Mk. bewilligt, falls der Landesverband der Chaussierung und Unterhaltung zustimmt. Auf genannter Strecke, die schon in 200 Meter Länge ausgebaut ist, befindet sich eine 150 Meter lange Böschung. Diese soll auf beiden Seiten eingefriedigt werden mit Tannenpfählen und Draht. Die Arbeit wird ausgeschrieben. Als Rechnungsprüfer wurden gewählt der Genosse Klünder sowie die Buchhalter Minte und Reimer, als Kassenprüfer der Genosse Siebuhr und Hufner Wilken. Für den neu zu vergebenen Posten eines Armenhausaufsehers wurde ein Gehalt von 600 Mk., freie Wohnung, Kost, Heizung und Beleuchtung festgesetzt. Der Kontrakt wurde auf Antrag unserer Genossen dahin geändert, daß der Aufseher in der ihm noch zur Verfügung stehenden Zeit hauptsächlich in den Wegen für die Gemeinde arbeitet. Das Gehalt ist deswegen um 250 Mk. gestiegen. Von den sieben eingegangenen Bewerbungen fiel die Wahl auf den Arbeiter H. Qualmann sen. Der Antritt erfolgt am 1. Juli. Verschiedene Steuer- und Armenangelegenheiten bildeten den Schluß.

Kiel. Militärisches Schreckensurteil. Ein merkwürdiges Urteil fällte das Oberkriegsgericht der Ostseestation. Der Matrose Sch. war vom Kriegsgericht wegen tätlichen Angriffs zu der harten Strafe von drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er hatte am 20. September 1912 mit anderen Kameraden tüchtig gezecht und als er abends in die Kaserne zurückkehrte, in der Trunkenheit einem Vorgesetzten einen Faustschlag gegen den Kopf versetzt. Das Kriegsgericht hatte einen schweren Fall angenommen. Sch. hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt und Unzurechnungsfähigkeit geltend gemacht. In einer früheren Verhandlung beschloß auch das Oberkriegsgericht, den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Diese Untersuchung hat stattgefunden, es sind auch Ermittelungen über sein Vorleben und seine Jugend angestellt worden. Über das Ergebnis der Untersuchung berichtete der Leiter der psychiatischen Abteilung des Marinelazaretts, Oberstabsarzt Dr. Schmidt. Er sagte, Sch. sei geistig minderwertig, erblich belastet und reagiere stark auf Alkohol. Sehr wahrscheinlich sei, daß Sch. sich bei der Tat in einem Zustand getrübten Bewußtseins befunden habe. Es sei ihm der Schutz des § 51 Str.-G.-B. zuzubilligen. An seinem Gutachten ändere auch die Tatsache nichts, daß Sch. sich nach der Tat auf das Vorgefallene besinnen konnte. Das Oberkriegsgericht stellte sich jedoch im Gegensatz zu dem ärztlichen Sachverständigen auf den Standpunkt, daß völlige Unzurechnungsfähigkeit nicht vorliege, da Sch. sich gleich nach der Tat auf den Vorfall genau besinnen konnte. Wegen seiner geistigen Minderwertigkeit sei ein minder schwerer Fall angenommen. Das Oberkriegsgericht setzte eine Strafe von einem Jahr zwei Monaten Gefängnis fest.

Bremen. Preußische Praktiken in Bremen. Bisher konnten in Bremen Umzüge auf öffentlichen Straßen stattfinden, ohne daß diese der Polizei gemeldet werden mußten. Das soll nun anders werden. Die Polizeibehörde hat bekanntgegeben, daß sie, gestützt auf § 7 des Vereinsgesetzes, unangemeldete öffentliche Umzüge nicht mehr duldet. Damit soll natürlich, zur Freude der Reaktionäre aller Schattierungen, nur die organisierte Arbeiterschaft getroffen werden, obgleich bei deren Umzügen bisher nichts passiert ist, das die polizeiliche Maßnahme rechtfertigen könnte.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Der zerbrochene Krug", Lustspiel von Kleist. „Tartüff", Lustspiel von Moliere. Diese beiden Lustspiele, welche am Sonnabend zur Aufführung gelangten, haben eine gewisse Wesensverwandtschaft. In beiden erfolgt die Entlarvung eines scheinheiligen Heuchlers. Allerdings ist Kleists Meisterwerk auf einen urwüchsigen derben Ton gestimmt, wie er für das ländliche Milieu, in dem es spielt, paßt und wirkungsvoll ist, während den Boden für Molieres Lustspiel der Salon des vornehmen Mannes bildet. Deshalb erscheinen die Personen, die man auf der Bühne sieht, auf den ersten Blick völlig verschieden voneinander. Und doch sind sie es nicht, wenn man alle Äußerlichkeiten wegdenkt und sich nur die Charaktere betrachtet. Der bauernschlaue Dorfrichter Adam, der Nachts in Evchens Kammer schleicht, um mit gefälschten Dokumenten sich das Mädel gefügig zu machen hofft, ist im Innern kein anderer als der heuchlerische Tartüff, der mit Gebet und frommem Augenaufschlag einen einfältigen Spießer gewinnt, ihn um seine Habe bringen und sein Weib verführen möchte. Geist, Witz und Humor bilden die Würze beider Komödien, die von Meistern der Sprache geschrieben sind.

Mit der Wiedergabe der Lustspiele am Sonnabend konnte man im allgemeinen zufrieden sein. Herr Schweisguth war ein prächtiger Dorfrichter Adam, der seine Rolle bis ins kleinste durchgearbeitet hatte; nur die natürliche Urwüchsigkeit, die wir an Fuchs bewundern konnten, fehlte ihm. Im Tartüff glänzte Herr Nowack in der Titelrolle. Fräulein Hilbrecht spielte wirkungsvoll eine kecke Zofe, deren Mutterwitz die Gelehrtheit ihrer Umgebung weit in den Schatten stellt. Mit Humor vertrat Herr Brunow den übertölpelten Spießer. Die Vorstellung fand ein dankbares Publikum.

P. L.

Briefkasten.

Einwohner der Glockengießerstraße. Anonyme Einsendungen können keine Aufnahme finden.

Literarisches.

Scotts Tagebuch, vom Beginn der Reise an bis zum Todestage geführt, wurde bei der Leiche des heldenmütigen Mannes, unter dem Kopfe geborgen, gefunden. Das Werk erscheint sobald als möglich, spätestens im Herbste dieses Jahres. Das erschütternde Schicksal der Südpol-Expedition des Kapitän Scott, sei es auf elementare Gewalt, sei es auf eigenes Verschulden zurückzuführen, erregt die herzliche Teilnahme der gesamten gesitteten Welt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Am Sonnabend mittag verschied plötzlich und unerwartet infolge eines Herzschlages mein lieber Mann, meines Sohnes guter Vater, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager

Friedrich Fey

im 26. Lebensjahre, tief betrauert von den Seinen.

Luise Fey, geb. Herrmann und Familie.

Lübeck, den 31. März 1913.
Obertrave 21/7.

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 3. April, nachmittags 3¾ Uhr, in der Kapelle Vorwerk statt. (2701

Deutscher
Transportarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.

Nachruf!

Am Sonnabend, dem 29. März verstarb unser langjähriges Mitglied, der Kohlenarbeiter (2728

Friedr. Fey

im Alter von 25 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 3. April, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle Vorwerk aus statt. Sammelplatz der Kollegen beim „Weißen Hirsch". Abmarsch von da präzise 3½ Uhr. **D. O.**

Saub. Nachmittagsmädchen
für die Zeit von 2 bis 6 Uhr gesucht.
2665) Glandorpstr. 2. p.

Suche einen **Barbiergehilfen**
für Sonnabend abends von 6 Uhr ab bis Sonnt. mittags b. gut. Verdienst. Zu erfragen i. d. Exped. d. Bl. (2726

Möbliertes Zimmer
zu vermieten. 2692
Balauerfohr 11.

Zum 1. Juli abgeschl. **2-Stuben-Wohn.** m. Keller u. Stall z. verm.
2718) Elswigstr. 18.

Gesucht zum 1. Juli frdl. abgeschlossene **2- od. 3-Zimmer-Wohn.** Angebote mit Preis unter **F R** an die Exped. d. Bl. (2690

Ges. z. 1. Juli von Leuten mit 1 Kind e. **2- bis 3-Zimm-Wohn.**, Wilhelmshöhe bis Nähe Schlachthof bevorz. Ang. u. **D F** a. d. Exp. (2702

Leute mit e. Kind suchen zum 1. Juli eine **2-Zimmer-Wohnung.** Südl. Holstentor. Ang. u. **G R** an die Exped. d. Bl. (2720

Gesucht von älterem Ehepaar o. K. per. 2-Stuben-Wohnung i. Preise bis 250 Mk. Holstentor-Nord. (2706 Offerten unter **R P** an die Exped.

Zu möglichst bald gesucht
ein größerer Laden mit Lagerräumen
in der Nähe der Moislinger Allee und Töpferweg.
a. Gefl. Ang. erb. u. **F A 20** d. Exp. d. Bl. 2677

Fast neuer Kleiderschr., 1 komplett. Federbett, Bettstelle, Ausziehtisch, Vertiko, Sofa u. Sofatisch sofort zu verk. Siegfried Ittmann, Breite Str. 33, I. (2668

Ein Grammophon
zu verkaufen.
2688) Ludwigstraße 47.

---

5 große eiserne **Fenster**, passend für Fabrik oder Werkstatt und ein 2räd. **Wagen**, pass. f. Zimmerleute, billig zu verk. Brolingstr. 44, part.

---

1 Holzkoffer
für 3 Mark zu verkaufen.
2709) Mengstraße 21, part.

Guterhalt. Trittnähmaschine
billig zu verkaufen.
2684) Näheres Georgstraße 1.

Ein fast neuer Gasherd
(2flammig) billig zu verkaufen.
2711) [illegible] 23b, III.

Mahagoni Spiegelschrank
zu kaufen gesucht. 2719
Angeb. unt. **E R** an die Exp. erb.

Billig zu verkaufen: **1 Paletot** f. K. v. 12 Jahren, **1 Extraanzug** für 16jähr. [illegible] (2710
[illegible] 3, part.

Gut erhaltener Schiebkarre zu kaufen gesucht. Angebote m. Preis unter **E S** an die Expedition d. Bl.

[illegible] **Anzug** billig zu verkaufen, [illegible]
[illegible]

---

1 Phonograph mit 12 Walzen, Preis 13 Mk., und ein **Kolumbia-Automat**, Einwurf 5 Pfg., zu verkaufen. (2685) [illegible]

Ed. Hochmuthsche

Geschäfts-Uebernahme.

Der geehrten Einwohnerschaft Lübecks die Mitteilung, daß ich mit dem heutigen Tage das

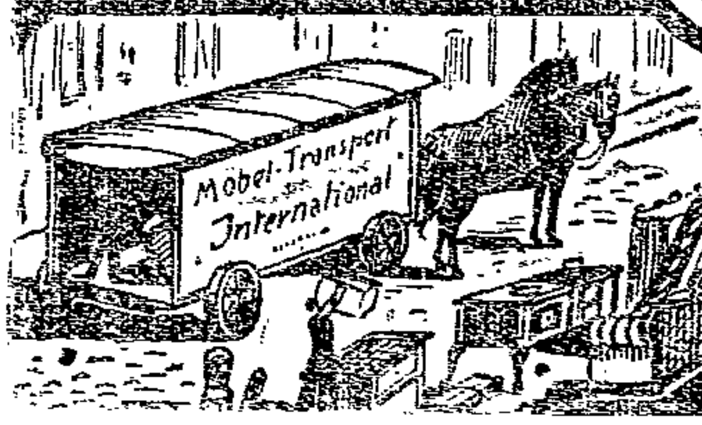
Papier- und Galanteriewaren-Geschäft
Grosse Burgstrasse 33

übernommen habe.

Um gütige Unterstützung meines Unternehmens bittet

2717) Hochachtungsvoll **Jos. Sinhart.**

Ziehen Sie um???



Dann decken Sie Ihren Bedarf in:
Gardinenkasten, Gardinenstangen, Zugeinrichtungen, X-Haken, Bildernägeln, Schlössern sowie
Bürstenwaren und Küchengeräten
gut und preiswert bei 2715

J. F. B. Grube, am Markt.

---

1 weißer Sportwagen
billig zu verkaufen.
2684) Geverdesstraße 49, II.

Verschiedene Sorten
Eß- und Pflanzkartoffeln
zu verk. (2682) Josephinenstr. 2.

Eine Kinderbettstelle
mit Matratze zu verkaufen.
2705) Travelmannstr. 31-33, part.

Volksschulbücher für 1., 2. u. 5. Klasse und ein **Haushaltungsbuch** zu verkaufen.
2704) Mittelstraße 2.

Ein **Haus** mit Drei-Zimmer-Wohnung in der Nähe des Schlachthofs billig zu verkaufen. Angebote unter **M K** a. d. Exp. d. Bl. (2703

Haus, Kleine Gröpelgrube 1, zu verkaufen, evtl. ohne Anzahlung. Näheres **Wicke,** Steinrader Weg 26c, part. (2698

Für Fensterputzer oder Glaser: **2 Stück 11stufige Stichleitern** zu verkaufen. 2723
J. Wunder, Füchtingstr. 18.

Rote Rode-Island-Bruteier
zu verkaufen.
2697) Kahlhorststraße 5.

---

2 Kaninchenställe und ein alter **Sportwagen** billig zu verkaufen.
2686) Bleicherstraße 21a.

Einen schönen Hühnerstall
nebst Einzäunung sehr billig zu verkaufen. (2699) Dorfstraße 24, II.

---

3 junge gelbe italienische **Hühner** und **Hahn** zu verkaufen.
2707) Friedenstraße 73.

Schneiderin 2693
empfiehlt sich zur Anfert. v. Damen- u. Kindergarderobe. Westhoffstr. 40pt.

Gefunden am 1. Ostertag in der Friedhofs-Allee ein **Knaben-Paletot.** (2687
Abzuholen Borbeckstraße 5.

Töpfe
werden gut gebunden. (2722
Krähenstr. 30, H. 9.

Habe mich in Moisling (2683
als Hebamme niedergelassen.
Frau Henriette Schade. Moisling.

Für jede leere Bierflasche
der Brauerei **F. Weiermiller,** welche am Montag, dem 31. März, nachmittags 2—5 Uhr, in der Brauerei, Schwartauer Allee 35, abgeliefert wird, zahle ich **3 Pfennig.**
2694) **F. Weiermiller Nachfl.**

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Leere Farbetonnen
vorrätig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten".

Gewerkschafts-Vorstände
und
Kartell-Delegierte!

Heute
Montag, den 31. März, abends 8½ Uhr
im
Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:
Die Volksfürsorge.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
2672 Die Kartellkommission.

Geschäfts-Verlegung.

Hiermit die ergebene Mitteilung, daß ich mein
Butter- u. Margarine-Geschäft
von Hüxstraße 43 nach **Balauerfohr 6** verlegt habe.

2716 **Martin Wegener.**

Tapeten neueste Muster
pro Rolle von 15 Pfg. an.
Friedr. Rehm,
nur
Große Burgstr. 36
2714) **Fernruf 1470.**

Pa. ganz besonders dicke Flomen	bei Abnahme von 4 Pfd. pro Pfd.		78 ₰
Pa. frisches u. gepökeltes Kopf u. Bein		"	25 ₰
" frische u. gepökelte Eisbeine		"	60 ₰
" frische u. gepökelte Kochrippen		"	30 ₰
" fett. u. mager. Speck bei Abnahme von 4 Pfd.		"	90 ₰
" bestes weißes Schmalz " " " 4 "		"	85 ₰
" dicke Rippen zum Braten u. zum Füllen		"	90 ₰

Karl Lahrtz, vormals M. Lahrtz, **Böttcherstr. 14-16.** 2712

In allen Verkaufsstellen
Pimp-Pimp-Pimp-Käse.
Hansa-Meierei.
(2654)

Agnes Bernauer

Tragödie in 5 Akten von Friedr. Hebbel.

Zu der Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins am 6. April sind **Bücher à 20 Pfg.** bei uns zu haben.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend,
e. G. m. b. H.

Für unseren Neubau eines Verwaltungsgebäudes und eines Stallgebäudes sollen nachfolgende Arbeiten vergeben werden:

Los 1
Erd-, Maurer-, Beton- u. Eisenarbeiten.

Los 2
Zimmererarbeiten.

Die Bedingungen können ab Dienstag, den 1. April 1913 auf unserem Kontor abgeholt werden.

Offerten sind mit Aufschrift „Neubau" verschlossen bis zum Dienstag, dem 8. April 1913, vormittags 10 Uhr, an unser Kontor, **Nebenhofstraße 12** einzureichen.

2727) **Der Vorstand.**

Grosse Sendung Fische eingetroffen.
Ferner empfehle **Wellen-, Goldwangen- und Nymphensittiche, Kanarienhähne und Weibchen sowie sämtliches Vogelfutter.**
J. H. C. Wittfoth
Mengstraße 24. (2691

Uhren u. Goldwaren
nebst (2724
Reparaturwerkstatt
Willi Westfehling
32 Holstenstraße **32**

Bestes **Ragoda** Schnell-Wasch-Mittel
Ohne Chlor.
Garantiert unschädlich.
Schneeweisse Wäsche.
Ueberall zu haben. 1 Pfd. nur 55 Pfg.
Zur Einführung bis Ende 1913 gegen ausgeschn. Gutscheine von
5 Pfd.: **1 Taschenmesser** oder **1 Schere** usw. (1823
10 " **1 echt silb. Kollier, 3 Neusilber-Eßlöffel** usw.

Billig!	**Billig!**
Herren-Sohlen	2.50 ℳ
Damen-Sohlen	1.60 ℳ
Herren-Absätze	0.80 ℳ
Damen-Absätze	0.60 ℳ
Kinder-Sohlen u. Absätze von	1.20 an

Johannes Voß
2708) **Hüxstraße 90.**

Neue Hafenfähre
G. m. b. H.

Eröffnung der Fahrten
Lübeck-Schwartau
am Dienstag, dem 1. April.

Fahrpläne sind gratis zu entnehmen am **Kontor, Untertrave 59, Ferd. Kayser, Breite Straße 81, Otto Trepkau, Fleischhauerstraße 11, M. Niemeyers Zigarrenläden, Breite Straße 63, Untertrave 50 und Hüxstraße 123.** (2510

Sozialdemokratische Frauen.

Unterhaltungs-Abend
am Dienstag, dem 1. April
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52 (kl. Saal).

Hierzu sind die weiblichen Mitglieder der Partei freundlichst eingeladen.

Anfang 8 Uhr.

2725) **Das Komitee.**

Neues Stadttheater.

Dienstag, den 1. April 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
163. Vrst. i. Voll-A. 27. V. i. Dienst.-Ab.

Der Freischütz.

Romant. Oper v. C. M. v. Weber.
Opernpreise.

Mittwoch, den 2. April 1913.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.
Außer Abonnement. Mittelpreise.

Der Frauenfresser.

Operette von Edmund Eysler.

Donnerstag, den 3. April 1913.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.
164. Vrst. i. V.-A. 27. Vrst. i. Donnerst.-A.

Agnes Bernauer.

Ein deutsches Trauerspiel v. F. Hebbel
Schauspielpreise. (2713

In Vorbereitung: **Die verkaufte Braut.** Kom. Oper von Smetana.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 74. Montag, den 31. März 1913. 20. Jahrg.

Der Reichsverband auf dem Porto-Bettel.

Der famose Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie geht abermals bei den Unternehmern schnorren, um seine abgeschmackten Erzeugnisse wirksamer an den Mann bringen zu können. Wie unser Mannheimer Bruderorgan durch Veröffentlichung eines reichsverbändlerischen Zirkulars zeigt, macht er den Unternehmern den Vorschlag, für die ihren Arbeitern durch die Post zugesendeten Reichsverbands-Flugblätter wenigstens das Porto zu zahlen. Darin, daß die Flugblätter einfach durch den Unternehmer verbreitet werden, hat der Reichsverband ein Haar gefunden. Denn für so schlau hält er selbst den rückständigsten Arbeiter, daß er der ihm vom Unternehmer gespendeten Lektüre das größte Mißtrauen entgegenbringt. Es soll also der Anschein erweckt werden, als ob die Flugblattverbreitung nicht im Auftrage und Interesse des Ausbeutertums erfolge, sondern von irgendeiner unbeteiligten Seite, der nichts am Herzen liegt, als die arme betrogene Arbeiterschaft aus den Fangarmen der bösen Sozialdemokratie zu befreien. Deshalb soll nach dem Plan der Reichsverbandsleitung die Flugblattübersendung an jeden einzelnen Arbeiter durch die Post erfolgen. Von den Unternehmern wird nichts verlangt, als daß sie der Hauptstelle des Reichsverbandes die genaue Adresse ihre sämtlichen Arbeiter mitteilen und für den Portobetrag der zum Versand gelangenden Flugblätter aufkommen.

Der Reichsverband wills den Unternehmern so billig wie möglich machen, denn er weiß, wie schwer sich unsere Kapitalisten vom Gelde trennen können, selbst wenn es zu Zwecken der Arbeiterverdummung verwendet werden soll. Es sei denn, daß der Erfolg auch außer Frage steht, was von der Tätigkeit des Reichsverbandes ja keineswegs behauptet werden kann. Um es also so billig wie möglich zu machen, empfiehlt die Reichsverbandsleitung, jedem Arbeiter monatlich nur ein Flugblatt zuzusenden, jedoch so, daß immer nur der dritte Teil der Arbeiter gleichzeitig mit den Reichsverbandserzeugnissen beglückt werde — das eine Drittel werde dann die übrigen zwei Drittel schon zum Mitlesen veranlassen, so daß in Wirklichkeit alle Flugblätter in die Hände sämtlicher Arbeiter gelangten.

Dieser pfiffige Trick erspare dem Reichsverband wie den Unternehmern Geld. Die letzteren hätten für je 100 Arbeiter nur je viermal 5 Pfg. Porto an den Reichsverband zu zahlen, im ganzen also die Bagatelle von 20 Mark jährlich.

Die Hauptsache ist dem Reichsverband, daß das schlaue Plänchen hübsch unter den Beteiligten bleibt, damit nicht die Arbeiter Unrat wittern und am Ende die Reichsverbandsmakulatur zu ganz andern Zwecken verwenden, als ihnen die Hauptstelle des Verbandes zumutet.

Heißt es doch in einem Begleitschreiben der Hauptstelle:

Streng vertraulich! Im eigenen Interesse!

Vielfachen Wünschen entsprechend und um Indiskretionen zu verhüten, bitten wir die Herren Arbeitgeber im eigenen Interesse,

1. alle Briefe, welche sich mit der Versendung von Schriften an die Arbeiter beschäftigen, und alle Arbeiterlisten zu richten:

An die Verlagsanstalt Teutonia,
Berlin SW 11,
Dessauer Straße 30.

2. Geldsendungen in der gleichen Angelegenheit bitten wir zu senden:

An den A. Schaaffhausenschen Bankverein,
Berlin W 8,
Französischestr. 53/54
unter „Konto Betriebsgesellschaft".

Zum Schluß bitten wir

3. diesen Zettel gut einzuschließen, damit er nicht in unrechte Hände kommt: die Sozialdemokratie hat ihre Spione überall.

Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.

Zu der Wendung von den „sozialdemokratischen Spionen" bemerkt die Mainzer „Volkszeitung", daß es zur Entlarvung solcher Reichsverbandsmanöver wahrhaftig keines Spionagedienstes bedürfe, da es immer noch anständige Unternehmer gäbe, die solch unsaubere Geschäfte als Beleidigung empfänden und der Ansicht zuneigten, daß solche „streng vertraulichen" Zirkulare in sozialdemokratischen Redaktionen am besten aufgehoben seien. Der Meinung sind wir auch.

Nationalliberale Aufsichtsräte.

Es sind würdige Politiker, die 45 nationalliberalen sogenannten Männer im deutschen Reichstage. Schwer beladen, als ewig kommender Mann, regiert Bassermann national-parlamentarisch, die Paasche, Semler, Stöve, Blankenhorn, Junck, von Richthofen und wie sie alle heißen, regieren mit: mal links, mal rechts. Sie haben aber auch noch andere Aufgaben zu erledigen. Bassermann, der Allgewaltige, ist nach den jüngsten Veröffentlichungen der Interessenten Vorsitzender des Aufsichtsrates bei der

Rheinischen Schuckert-Gesellschaft für elektrische Industrie A. G., Mannheim,
Süddeutschen Diskontogesellschaft,
Süddeutschen Drahtindustrie A. G., Mannheim,
Kons. Alkaliwerke, A. G. f. Bergbau u. chem. Industrie, Westeregeln,
Neuen Rheinau A. G., Rheinau, Baden,
A. G. Schloßhotel und Hotel Bellevue, Heidelberg,
Badischen Gesellschaft für Zuckerfabrikation, Waghäusel,

Mitglied des Aufsichtsrates ist er bei der
Elektr. A. G., vorm. Schuckert & Co., Nürnberg,
Heddernheimer Kupferwerk und Süddeutsche Kabelwerke A. G.,
Mannesmann-Röhrenwerke,
Mitteldeutsche Bodenkreditanstalt.

Die Einnahmen an Tantiemen betragen nach der Berechnung der Bilanzen der durch Bassermann mit betreuten Gesellschaften jährlich etwa 70 000 bis 80 000 Mark, also bald das Zwanzigfache von dem, was ihm das Reichstagsmandat als Entschädigung einbringt. Es bleibt natürlich trotzdem erfreulich, daß solche Leute doch in erster Linie sich als nationalliberaler Reichstagsabgeordneter fühlen.

Herr Paasche regiert zehnmal als Mitglied des Aufsichtsrates industrieller Aktiengesellschaften. Der Geheime Herr Regierungsrat und Professor ist Vorsitzender des Aufsichtsrates bei den Howaldtswerken. Als Mitglied des Aufsichtsrates ist er bei der Deutschen Mineralölindustrie A. G. für Petroleum interessiert, bei den Deutsch-Böhmischen Kohlen- und Brikettwerken für Brennmaterialien, bei der Gesellschaft für Brauerei-Spiritus- und Preßhefenfabrikation vorm. Sinner für Schnaps und Bäckerhefe. Er interessiert sich auch noch für ein Hüttenwerk, für die Nationalbank, für Lederpappe, Metallwaren, Maschinen, Zucker und Telephone.

Aber den beiden Häuptlingen der Nationalliberalen noch über ist Stöve, der in Osnabrück-Versenbrück für einen Zentrumsmann gewählt wurde. Als Generaldirektor herrscht er im Verein chemischer Fabriken A. G. in Zeitz und außerdem regiert er im Aufsichtsrat von 13 Aktiengesellschaften!

Im ganzen haben wir bei 42 nationalliberalen Reichstagsabgeordneten siebenundfünfzig industrielle Aufsichtsratsmandate feststellen können. Die Einnahmen der nationalliberalen Fraktion des deutschen Reichstages aus ihren Aufsichtsratsmandaten müssen mit jährlich etwa 300 000 bis 400 000 Mark eingeschätzt werden. Das sind natürlich nur harmlose Nebeneinnahmen für kleine Nebenbeschäftigungen.

Die interessante Frage, ob bei den Nationalliberalen Aufsichtsratspolitik getrieben wird, ist von sehr kundigen Leuten geradezu behauptet worden, wir glauben es nicht. Einmal wäre es politische Schuftigkeit und zum anderen, was bedeuten 57 lumpige Aufsichtsratsmandate für eine politische Partei von der geschichtlichen Größe und der Bassermannschen politischen „Klarheit" wie wir sie bei den Nationalliberalen finden?

Streikvorbereitungen in Belgien.

Mit fieberhafter Anstrengung treffen die belgischen Arbeiterorganisationen die letzten Vorbereitungen zum Generalstreik. Am Ostermontag — nach der Nachmittagssitzung des Parteitags — hielten die Bezirkssekretäre der Arbeiterpartei im Brüsseler Volkshaus eine Konferenz ab, in der verschiedene Fragen, die die materielle Organisation des Streiks betreffen, entschieden wurden. So wurde beschlossen, daß für die ganze Dauer des Streiks sämtliche Volkshäuser und Parteilokale um sechs oder sieben Uhr abends geschlossen werden müssen, und daß keinerlei Sitzungen oder Versammlungen am Abend stattfinden sollen. Man ging dabei von der Erwägung aus, daß damit erstens den Streikenden die Möglichkeit gegeben wird, jeden Tag die Abendstunden mit Frau und Kindern zu verbringen, und zweitens, daß die Gefahr von Provokationen und Ruhestörungen (die herbeizuwünschen nur die Regierung Anlaß hat!) bedeutend verringert wird, wenn die Losung: nach Eintritt der Dunkelheit kein Streikender mehr auf der Straße! strikt befolgt wird. In demselben Sinne werden die sozialistischen Gemeindevertreter in allen Gemeinderäten vorschlagen, daß den Gastwirten nahegelegt wird, während des Streiks keine alkoholischen Getränke zu verkaufen (ein direktes Verbot wäre nur durch ein Gesetz zu erreichen); und daß die Schanklokale um 9 oder 10 Uhr abends geschlossen werden sollen.

Die Kontrolle der Streikenden wird auf dieselbe Weise durchgeführt werden, wie bei wirtschaftlichen Streiks, nämlich durch Ausstellung von Streikkarten und tägliche Anmeldung bei den Streikbureaus, wo die Karte abgestempelt und die etwa erhaltene Unterstützung vermerkt werden wird. Diese Kontrolle wird nicht etwa durch die Gewerkschaften, sondern durch die Parteiorganisation unter Mitwirkung der Gewerkschaften organisiert werden. In den größeren Städten werden für jedes Stadtviertel eigene Kontrollokale, die auch als Versammlungsräume dienen sollen, dazu be-

Anna.

Roman von Th. Mügge.

(5. Fortsetzung.)

Das Pferd war auf eine feste Straße gekommen und lief einer Hügelkette entgegen, über welche ein schmaler Weg sich in ein Tal senkte, aus dem bald das Geklapper einer Mühle hörbar wurde, die ein starker Bach in Bewegung setzte. Der Wagen bog an dem rauschenden Wehr ab, in einen Pfad, der zwischen Gehegen gerade auf ein zweistöckiges Gebäude zuführte, das zwischen den Baumgruppen, die es umgaben, mit seinen hell umglänzten Gießeln ein einladendes, stattliches Ansehen hatte. — In der Nähe des Hauses sprangen zwei schöne Jagdhunde dem Wagen freudig bellend entgegen, dann kamen Mägde mit Lampen und Lichtern zum Vorschein, zugleich aber erschien ein stämmiger Bursche, der das Pferd in Empfang nahm, dem er seine Liebkosungen und sein Bedauern zuwandte, als er es über und über mit Schweiß, Schlamm und Wasser bedeckt fand.

Die kleine Dame wurde aus dem Wagen gehoben und führte ihren Gast in das Haus. Ein ziemlich großes Zimmer, ländlich einfach, aber voll höchster Sauberkeit und einladender Wärme nahm diesen auf. Der Tisch von Nußbaumholz war zum Teil mit einem weißen Tuche bedeckt, auf welchem buntbemaltes englisches Teegeschirr stand, der Kessel, blank poliert, brodelte daneben, und die Magd, welche sich geschäftig mit ihrer Gebieterin zu tun machte, ihr Mantel und Hut dienstfertig abnahm und mit ungeheuchelter Freundlichkeit allerlei Hausneuigkeiten erzählte, warf dann und wann einen neugierigen Blick auf den fremden Herrn.

Dieser hatte einen Armsessel eingenommen und saß mit der dumpfen Ruhe dort, die gewöhnlich nach heftigen Anstrengungen folgt. Niemand sprach mit ihm, und er wagte nicht zu sprechen. Endlich ergriff Anna, als sie ihre Entpuppung beendet hatte, ein Schlüsselbund, und nach einigen freundlichen Worten, es sich bequem zu machen, ließ sie ihn allein. Eine Fülle von schweren und leichten Gedanken wogte durch Wilbergs Kopf. Die Ordnung und Anmut dieses stillen, vom Lampenschein erhellten Gemachs taten ihm wohl. Alles war so weiß und rein, daß er die Hand überall zu erkennen glaubte, welche hier waltete. Wie einfach auch alles sein mochte, so lag doch ein gewisser verschönender Zauber darauf. Der Fußboden blank gescheuert, die Vorhänge weiß und faltig. Das Nähtischchen am Fenster blitzte zu ihm her, und an der Wand stand ein schönes Instrument, gewiß das teuerste Stück in diesem Haushalt. — Als er nach dem gründlumigen Sofa blickte, erkannte er in dem großen Bilde im Goldrahmen, das seinen Platz darüber erhalten hatte, auf der Stelle den Kapitän in Uniform, ein Ordensband auf der Brust, das Zeichen tapferer Taten. — Sonderbar, sagte er leise lächelnd, und dieser Mann gibt sich damit ab, Schmuggelei zu treiben und selbst das arme fröhliche Kind in sein gefährliches Treiben zu ziehen.

Bei seinen letzten Worten trat Anna wieder herein und brachte ihr freundlich strahlendes Gesicht mit. So, sagte sie, meine Einrichtungen sind besorgt, das Haus bestellt, das Kämmerchen in Stand gesetzt, um den werten Vetter aufzunehmen. —Jetzt trinken Sie eine Tasse Tee, und dann husch ins Bett, um nach so vielen Drangsalen sanft zu ruhen.

Aber wollen wir nicht Ihren Vater erwarten? fragte Wilberg.

Gewiß nicht, wer weiß, ob und wann er kommt.

Und fürchten Sie nicht, daß ihm ein Unglück begegnet sein kann?

Ich fürchte nie für ihn, sagte sie. Sie müssen wissen, daß ich vor meinem Vater eine anbetende Hochachtung habe. Es ist der edelste, trefflichste Mensch, den ich je gesehen habe. Er hat mich geschützt, geliebt, erzogen, vom ersten Tage meines Lebens an ist er mein einziger Freund gewesen, denn meine Mutter ist bald nach meiner Geburt gestorben; ich lebe gleichsam durch ihn allein und kann mir nicht denken, wie er mir fehlen, oder wie ihm etwas begegnen könnte, das er mit seinem Mute, seiner Einsicht und Verständigkeit nicht abwendete. Ihre Mienen strahlten bei diesen Worten vor freudiger Überzeugung.

Ein Gefühl des Neides ging durch Wilbergs Brust. Anna bereitete inzwischen den Tee, und während sie geschäftig das späte Mahl ordnete, plauderte sie mit ihrer natürlichen Einfachheit weiter und erzählte die Verhältnisse ihres stillen Lebens in größter Unbefangenheit.

Auf dem Lande ist es einsam, sagte sie, man findet wenige Menschen, die uns zusagen, und hier in diesem Winkel gibt es fast gar keine, die uns nahe ständen. — So lernt man sich beschränken, sich mit sich selbst beschäftigen, häuslich sein, mein Herr Vetter, und die wenigen Freunde, die man hat, um so mehr lieben.

Es gibt also doch einige Freunde, die meine schöne Cousine liebt, erwiderte der Doktor, ihr die Teetasse abnehmend.

Meinen besten Freund nannte ich Ihnen schon; ganze Tage und Wochen vergehen, wo ich ihn allein habe. Früher wohnten wir in der Stadt, und dort gab es Leute genug, die sich unsere Freunde nannten; seit den drei Jahren aber, wo mein Vater sich hier ankaufte, ist der Kreis dünn geworden. Nur zuweilen besucht uns ein Prediger; mit den Gutsbesitzern umher haben wir nichts zu schaffen, sie haben uns eben so schnell aufgegeben, als wir sie. Wissen Sie warum?

Nun? sagte Wilberg.

Weil mein Vater in kurzer Zeit der Anwalt aller armen Leute wurde, die sich zu beklagen hatten. Er verfocht ihre Rechte den Gutsherrn gegenüber, schlug Lärm, sobald sich etwas ereignete, was Gelegenheit dazu gab, machte der Regierung Anzeigen, verklagte den Landrat, setzte sogar die Zeitungen in Bewegung und hatte in wenigen Monaten den Haß der ganzen Gesellschaft auf sich geladen.

Ich kann mir denken, welche Früchte dieser Haß trug, fiel Wilberg ein.

Früchte der Liebe, sprach Anna, denn je mehr wir verleumdet wurden, um so mehr segneten uns die Bedrängten und um so treuer hingen sie uns an. Sie glauben nicht, fuhr sie fort, wie dankbar der Arme für kleine Wohltaten ist und mit welchem Vertrauen er Zuneigung erwidert. Ich könnte Ihnen seltene Beispiele davon erzählen.

Aber ich hoffe, erwiderte der Doktor, daß Sie glauben, Dankbarkeit und Treue seien überall unter allen Klassen und Ständen zu finden.

Ganz dasselbe, versetzte sie lächelnd, hat mir vor einigen Wochen erst ein junger Herr gesagt, der hoch und teuer versicherte, daß seine Dankbarkeit und treue Anhänglichkeit nie enden würden.

Ein junger Herr hat Ihnen das gesagt?

Ein sehr hübscher, junger Herr, der in der Residenz lebt und einen vortrefflichen Charakter besitzt.

Also meine einsame Cousine hat auch Freunde, die hübsch und jung sind und in der Residenz leben.

Es ist wirklich der einzige, erwiderte sie in demselben Tone, aber, fügte sie dann ernster werdend hinzu, indem ich an ihn denke, fällt mir ein, daß ich ihm versprechen mußte, meine Augen zu schonen, früh schlafen zu gehen und so wenig als möglich mich aufzuregen, Gebote, die ich sämtlich übertreten habe.

Er ist also Arzt? fragte Gustav rasch.

Arzt meiner Seele! sagte sie lächelnd, oder mein Beichtvater, wenn Sie wollen, denn er bemüht sich, meine Zweifel zu lösen. Morgen will ich Ihnen mehr davon erzählen, heut müssen Sie schlafen, und somit gute Nacht, mein Herr Vetter. Nehmen Sie das Licht, Christine erwartet Sie draußen. Auf Wiedersehen! — Träumen Sie leichte glücklich Träume. Sie gab ihm ihre kleine Hand, und mit dem Lächeln, das von dem Feuer ihrer Augen so seelenvoll gemacht wurde, nickte sie ihm zu und verließ das Gemach.

Das gastliche Zimmer im Obergeschoß war warm, und einladend winkte das mächtige Himmelbett von der Wandseite dem jungen Abenteurer entgegen, allein es dauerte lange, ehe er sich entschließen konnte, Gebrauch davon zu machen. Der Tee hatte seine Müdigkeit verscheucht und sein

stimmt. In Groß-Brüssel z. B. hat das örtliche Streikkomitee außer den sechs bestehenden Volkshäusern alle größeren Privatlokale, die irgendwie verfügbar waren, — im ganzen etwa hundert — bereits für diesen Zweck festgemacht. Die Kontrollkarte für die Streikenden ist für das ganze Land einheitlich; sie wird vom nationalen Streikkomitee in der Woche vor dem 14. April ausgestellt werden.

In allen Orten, wo gestreikt wird, bestehen besonder Lebensmittel-Kommissionen, die mit der Beschaffung und zum Teil auch Zubereitung von Nahrungsmitteln für die Streikenden beauftragt sind. In Brüssel z. B. wird der Einkauf von Fleisch durch eine derartige Kommission geregelt werden, die bereits ihre Kontrakte mit den Lieferanten abgeschlossen hat und in allen Stadtvierteln Verkaufsstellen errichtet. In den meisten Städten werden außerdem die sogenannten „kommunistischen Suppen" gekocht werden, das heißt, es wird in besonders dazu bestimmten Lokalen durch die Streikenden und ihre Frauen selber in großen Mengen Suppe gekocht, für die das Rohmaterial vom Streikkomitee eingekauft wird, und die (mit Brot dazu) den Streikenden und ihren Familien zur Mittagszeit unentgeltlich verabreicht wird. In verschiedenen Städten — so in Gent und in einigen Brüsseler Vororten — haben bereits „Generalproben" mit der kommunistischen Suppe stattgefunden, wobei die ganze Arbeiterbevölkerung eingeladen wurde, die Suppe zu kosten — eine Einladung, die natürlich Erfolg gehabt hat. In Gent hat das örtliche Streikkomitee in 10 verschiedenen Lokalen, zum Teil in eigens dazu errichteten Schuppen, Riesenküchen eingerichtet, und es sind Kontrakte mit den Schlächtern, Kartoffel- und Gemüse-Produzenten usw. abgeschlossen, die es ermöglichen, während der ganzen Dauer des Streiks die gesamte Arbeiterbevölkerung mit der „kommunistischen Suppe" zu speisen. Die Mahlzeiten kommen durch die Art des Einkaufs und der Vorbereitung sehr billig zu stehen, im allgemeinen auf nicht mehr als 10—12 Pfg. pro Mann.

Bekanntlich ist auch eine „Kommission für die Verschickung der Kinder" gebildet worden, die dafür zu sorgen hat, daß die Kinder der Streikenden, wo dies am nötigsten ist, verschickt und in Familien untergebracht werden, wo sie verpflegt werden können, weil diese aus irgend einem Grunde — z. B. in ländlichen Gegenden, wo nicht gestreikt wird — nicht am Streik beteiligt sind. Es wird auch eine ganze Anzahl von Kindern nach dem Ausland gehen. Die holländischen Genossen haben z. B. bereits für mehr als 2000 Kinder Logis gefunden, und weit mehr noch werden nach den benachbarten Industriebezirken des nördlichen Frankreich gehen, wo von den dortigen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen besondere „Kinderverpflegungskomissionen" gebildet worden sind. Die belgische „Kinderkommission ist bereits damit beschäftigt, die Liste der Kinder aufzustellen, die schon gleich beim Anfang des Streiks verschickt werden sollen. Alle Kinder werden vor der Eintragung in diese Liste einer ärztlichen Untersuchung unterworfen.

Bemerkenswert sind schließlich die Versuche des Bildungsausschusses, durch eine Reihe von Maßnahmen dafür zu sorgen, daß es den Streikenden, wenigstens in den größeren Städten, wo die dazu erforderlichen Mittel verhältnismäßig leicht zu beschaffen sind, nicht an Bildungs- und Erholungsgelegenheiten fehlt. In Brüssel z. B. wurde am vergangenen Dienstag eine Sitzung abgehalten, die der Besprechung dieser Frage gewidmet war, und an der auf die Einladung des Bildungsausschusses hin Vertreter der Arbeiterbibliotheken, der Lesezimmerverwaltung, der Arbeitergesangvereine, der Arbeiterturnvereine, der Arbeiterbühnenvereine, der Lehrergewerkschaften, — im ganzen etwa achtzig Personen — teilnahmen. Das Resultat dieser Besprechung war, daß der örtliche Bildungsausschuß im Einvernehmen mit dem Streikkomitee für Groß-Brüssel sofort beschloß, eine ganze Reihe von speziellen Einrichtungen für die Dauer des Streiks ins Leben zu rufen. So werden in den sechs Volkshäusern Groß-Brüssels die größten Säle in Lesezimmer umgewandelt werden, und es sind Anstalten getroffen, daß eine so intensive Benutzung der bestehenden Arbeiterbibliotheken ermöglicht wird, daß so gut wie alle vorhandenen Bücher fortgesetzt gelesen werden. Eine besondere Kommission für Vorträge und Konzerte wird dafür zu sorgen haben, daß in den sechs Volkshäusern und in einigen der übrigen größeren Streiklokalen Groß-Brüssels sozusagen ununterbrochen allerlei Veranstaltungen belehrenden, künstlerischen und geselligen Charakters stattfinden, deren Programme nicht nur mit Hilfe der verschiedenen sozialistischen Kunstvereinigungen, sondern auch mit Hilfe von außerhalb des Parteiverbands stehenden Künstlern zusammengesetzt werden sollen; es haben nämlich schon verschiedene namhafte Musiker, Sänger und Schauspieler ihre freundliche Mitwirkung zu diesen Veranstaltungen zugesagt. Diese Kommission wird auch dafür sorgen, daß täglich in allen Museen der Hauptstadt Führungen unter sachverständiger Leitung stattfinden. Eine zweite Spezialkommission heißt „Kommission für Ausflüge und Sportspiele". Dieser untersteht die Organisation von Wanderungen und Ausflügen in die Umgebung, die ebenfalls unter sachverständiger Führung täglich nach verschiedenen Richtungen unternommen werden sollen. Diese Kommission wird ferner in der näheren Umgebung der Stadt verschiedene Rasenflächen und Wiesen festmachen, die den Streikenden als Sport- und Spielplätze dienen sollen. — Aehnliche Einrichtungen werden in den größeren Provinzstädten vorbereitet.

Man sieht, den belgischen Arbeitern wird nicht viel Gelegenheit gelassen werden, sich während des Generalstreiks zu langweilen. Hoffentlich langweilen sich nur die Polizisten und Gendarmen, denen die Regierung gerne etwas zu tun geben möchte, denen aber die Arbeiter gerne das Vergnügen gönnen werden, in ihren Kasernierungsräumen Skat zu spielen oder mit Waffengeklirr auf den Straßen herumzustolzieren, während die Arbeiter im Konzert oder auf dem Sportplatz sind.

Aus der Partei.

Der zweite Parteitag der französischen Sozialdemokratie. Die zehnte Jahreszusammenkunft, die die geeinigte sozialistische Partei Frankreichs soeben in Brest abhielt, sollte in jedem Sinn des Wortes ein „großer Kongreß" werden. Zum ersten Mal war eine Dauer von acht Tagen vorgesehen. Hauptverhandlungsgegenstand war „die allgemeine Aktion der Partei". Es kam wesentlich anders, als es geplant war. Anstatt vom 23. bis zum 30. März, tagte der Kongreß nur am 23. und 24. März. Und an Stelle der allgemeinen Aktion besprach man lediglich den gegen die militaristische Reaktion zu führenden Kampf. Die Schuld tragen die außerordentlichen Vorgänge, die sich in den allerletzten Tagen in der inneren Politik Frankreichs abgespielt haben, in erster Linie der Ministerwechsel. Unter gewöhnlichen Umständen hätte selbst ein solches Ereignis die Abhaltung des Parteitags nicht verhindert; aber da der Sturz des Ministeriums Briand und der Antritt des Ministeriums Barthou die Fortsetzung der Kammersitzungen bedeutete, konnte die sozialistische Parlamentsfraktion angesichts der durch die Militärvorlagen geschaffenen Lage es sich nicht gestatten, eine volle Woche den Verhandlungen fernzubleiben. Jaurès, der in der Armeekommission, wo die erste Beratung der Regierungsvorlagen stattfindet, den Rüstungsbegeisterten täglich einen zähen Widerstand entgegensetzt, durfte keine Sitzung verfehlen, wenn er reaktionäre Handstreiche verhindern wollte. Und so würde der Brester Kongreß, wenn er nicht beschlossen hätte, die Debatte zu vertagen, über die allgemeine Aktion der Partei diskutiert haben, ohne daß die von der Partei mit der Führung beauftragten verantwortlichen Genossen, wie Guesde, Jaurès, Vaillant, Sembat, Bracke, Compère-Morel dabei gewesen wären. Alle Delegierten sahen ein, daß das unmöglich war. Am Ende des Jahres wird ein neuer Kongreß stattfinden, auf dessen Tagesordnung dann kein anderer Punkt stehen soll als die allgemeine Aktion der Partei. Und um von vornherein der Debatte einen wissenschaftlich-objektiven Charakter zu sichern, hat der Kongreß in Brest beschlossen, daß der außerordentliche Parteitag keinerlei Beschlüsse fassen soll, daß dies dem nächsten ordentlichen Parteitage, der im Frühjahr 1914 vor den Kammerwahlen einberufen wird, vorbehalten bleiben soll. Trotzdem nun der Kongreß in Brest schon am zweiten Tag abgebrochen wurde, kam es gelegentlich der Besprechung der dreijährigen Dienstzeit zu einer interessanten Debatte. Sie betraf die elsaß-lothringische Frage. Die Friedensdemonstration von Mülhausen und das von der sozialistischen Fraktion des elsaß-lothringischen Landtags an die französischen Sozialisten gerichtete Manifest haben in Frankreich lebhafte Diskussionen hervorgerufen. Die Chauvinisten versuchen natürlich die Bedeutung dieser Manifestationen der Elsaß-Lothringer so viel als möglich herabzudrücken. Deshalb war es politisch sehr klug, daß der Brester Kongreß die Gelegenheit ergriff, die Friedenserklärung der Elsaß-Lothringer zu bekräftigen. „Elsaß-Lothringen hat verstanden, daß es die Rolle eines Einigungsbandes zwischen Frankreich und Deutschland zu spielen hat", rief Genosse de Préssensé in seiner Rede aus. Und das war auch der Grundgedanke der Rede, die Gustav Hervé hielt, der allerdings die Frage in der unüberlegt paradoxalen Weise behandelte, die ihm schon so oft seine besten politischen Gedanken zerstörte. Hervé verlangte, daß die sozialistische Fraktion des französischen Parlaments die Regierung auffordern solle, mit der deutschen Regierung in Unterhandlungen einzutreten, deren Ziel die Herbeiführung einer friedlichen Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, und deren Bedingung die Gewährung der Autonomie an Elsaß-Lothringen sein sollte. So gut der Vorschlag gemeint sein mochte, so kindlich war er im Hinblick auf die Stellung der in Betracht kommenden Faktoren. Daß sein Vorschlag im günstigsten Fall nur den Nationalisten und Hetzern in beiden Ländern Wasser auf ihre Mühle leiten würde, schien Hervé schließlich selbst einzusehen, was auf Grund der Geschäftsordnung ohne weiteres geschehen mußte. Der Kongreß zollte Préssensé stürmischen Beifall, als er sagte, die Erringung der Autonomie müsse Sache der Elsaß-Lothringer selbst sein: die Hilfe, die Frankreich ihnen dabei leisten könne, bestände nur in der Annäherung an Deutschland. Diese Debatte, die in der bürgerlich-reaktionären Presse Frankreichs völlig entstellt wiedergegeben wurde, zeigt klar und deutlich, daß die französischen Sozialisten, allem Chauvinismus und allen Verleumdungen zum Trotz, es wagen, zu der elsaß-lothringischen Frage, die in Frankreich noch eine große Rolle spielt, die Haltung einzunehmen, die dem Frieden am dienlichsten ist. In dieser Zeit wahnsinnigster Rüstungen bildet das einen nicht zu unterschätzenden Ruhmestitel des Brester Rumpfkongresses.

Ein Verleumdungsfeldzug gegen die Bauarbeiter.

Ein baugewerbliches Unternehmerblatt brachte kürzlich eine im Tartarenstil verfaßte Notiz, worin es sich über das Verbandsblatt der Bauarbeiter, den „Grundstein", entrüstete, der seine Leser zur Faulheit auffordere und die passive Resistenz empfehle. Selbstverständlich fand sie bald ihren Weg in die ganze kapitalistisch verseuchte Presse; jetzt hat sie sich schon bis zu den kleinsten Kreisblättern durchgefressen. Gewöhnlich wird sie mit einigen Redensarten über den „Tiefstand der sozialistischen Presse" eingeleitet und mit Ausdrücken des Abscheues geschlossen. Die ganz gerissenen Schmocks aber erbrachten durch Abdruck der ominösen Notiz den bündigen Beweis, daß unter den deutschen Gewerkschaften die Sabotage propagiert wird, zum mindesten, daß die Maurer und ihr „Grundstein" damit den Anfang machen. Daß sie dabei die Notiz entstellten, sei zum Überfluß nebenbei bemerkt, denn diese journalistische Fälscherei gehört zu ihrem Verleumderhandwerk. Da ist es vielleicht doch angebracht, diesem Rummel einige Worte zu widmen.

Der „Grundstein" brachte in seiner Nummer 7 vom 15. Februar d. J. einen kleinen Artikel mit der Überschrift „Alkohol und passive Resistenz". Dieser Artikel war keine Redaktionsarbeit, sondern war von einem im Beruf tätigen Maurer geschrieben, was auch aus der Überschrift hervorging. Die Redaktion nahm ihn auf, weil er Gedanken enthielt, die vom Standpunkte des Gewerkschafters wie vom Standpunkte des Volkswirtschafters durchaus richtig und gesund sind. Der Verfasser zeigt zwei Ursachen des frühzeitigen Kräfteverfalls bei den Bauarbeitern: den Alkoholgenuß und die Überanstrengung, und erörterte Mittel, mit denen man diesen Übeln begegnen könne. Lassen wir ihn selbst reden:

„Gegenwärtig wird die Arbeitskraft jedes Einzelnen im Dienste des Kapitalismus vollständig aufgesogen. Der Bauarbeiter ist nach Beendigung seiner sehr langen Arbeitszeit von seinem Tagewerk so angestrengt und ermattet, daß ihm zur Ruhe und Erholung nur ungenügende, und zur Pflege

---

Blut in Bewegung gesetzt. Lange saß er in dem Lehnstuhle und starrte in die glimmenden Kohlen des Ofens, ohne einen Gedanken festhalten zu können. Seine erregte Phantasie malte sich das Leben in diesem einsamen Hofe aus und versetzte ihn abwechselnd in idyllische und romantische Träume. Er zog mit dem hübschen Mädchen durch Wälder, um Blumen zu sammeln, irrte mit ihr durch Sümpfe und Haiden, hörte ihr schalkhaftes Lachen, sah in ihre Augen, die in übermütiger Spötterei blitzten, und hörte ihre helle Stimme seinen Namen rufen. Dann aber drängte sich die hagere Gestalt des Kapitäns hinein. Die wilden Gestalten der Schmuggler zogen an ihm vorüber, er hörte das Klappern ihrer eisenbeschlagenen Stöcke, und plötzlich fuhr er auf: es war, als würde dicht an seinem Ohr ein Schuß abgefeuert, der mitten durch seinen Körper ging. — Eine rauhe Stimme ließ sich vernehmen, eine Hand rüttelte seine Schulter, mit Entsetzen öffnete er die Augen — da stand der Kapitän, einen langen Schlafrock um seinen dünnen Leib gewickelt, eine Nachtmütze auf dem Kopf, ein Licht in der Hand, vor ihm. Die dürftige Flamme erhellte seine faltigen, braunen Gesichtszüge und machte ein rätselhaftes Bild aus dem seltsamen Besuch, der Gustav verwildert anstarrte.

Tut mir leid zu stören, junger Herr, sagte Rinkel, muß Ihnen aber etwas Wichtiges mitteilen.

Sie sind es, Kapitän, rief Wilberg aufspringend. Was ist geschehen?

Still! hier unter uns schläft Anna, fiel dieser beruhigend ein. Die Sache ist die. Sie haben ein Pistol auf den alten Gaber abgedrückt — nein, Sie haben ihn nicht totgeschossen, sagte er rascher hinzu, als er den jungen Mann totenbleich werden sah — aber das Pferd hat sich mit ihm überschlagen und ihn übel zugerichtet. Ohne Besinnung ist er nach Haus gebracht worden, und ob er je wieder erwacht, ist die Frage. — Schlimme Geschichte das, junger Herr, doch den Mut nicht verloren. In solchen Lagen gilt es ein Mann zu sein, Entschlüsse zu fassen und auszuführen. Sie müssen sogleich Ihre Reise fortsetzen.

Wilberg begriff auf der Stelle, daß der Kapitän recht hatte. Ich kann in wenig Minuten fertig sein, sagte er.

Das's erwartet, erwiderte Rinkel, ihn wohlgefällig anblickend, und lasse eben das Pferd anspannen. Es ist jetzt vier Uhr; in einer Stunde sind Sie in Hermsdorf, erwarten dort die Post, die zu derselben Zeit durchgeht, steigen ein und fahren ruhig weiter. Wollen Sie?

Gewiß will ich!

Der Kapitän ließ das Licht zurück; in fünf Minuten war der Gast reisefertig. Leise stieg er die Treppe hinunter und fand seinen [illegible] geschäftig, Kaffee zu kochen, den er aus der Maschine in eine große Tasse fließen ließ. Trinken Sie, sagte er. Sie werden keine Zeit in Hermsdorf haben, das Geringste zu genießen. Ein Postamt ist nicht da, aber für einen Taler oder zwei fahren Sie blind mit, so lange Sie wollen. Der Schirrmeister wird es schon machen, und es ist gut, wenn Sie das Einschreiben vermeiden. Schweigen werden Sie gegen jedermann; sollte es aber nötig sein, finde ich Gelegenheit, Ihnen Nachricht zu geben.

Ich will Ihnen meine Adresse hier lassen, erwiderte Wilberg.

Der Kapitän lehnte es ab. Ich habe Sie im Kopf, sagte er, das ist besser als Ihre Karte, die in unrechte Hände fallen könnte. Sind Sie bereit?

Ja, Kapitän. Meine Grüße an Ihre Tochter und mein inniges Bedauern, sie nicht mehr zu sehen.

Danke, Herr Wilberg; damit ist aber nicht gesagt, daß wir nicht bald einmal uns wieder treffen, und unsere erste Bekanntschaft uns dann lustiger erscheint, als jetzt.

Sie schüttelten sich die Hände, und leise schob der Kapitän den Riegel von der Tür zurück. Draußen hielt das Kabriolett, das kleine Felleisen des Reisenden lag auf dem Fußbrett, rasch saß er auf, und in der nächsten Minute rollte er an der Mühle vorüber in die Nacht hinein.

Alles ging vortrefflich. Das Pferd brachte den Reisenden in einer Stunde nach dem Dorf an der Heerstraße. Der Bursche, welcher schweigsam das Kabriolett lenkte, hielt in dem Augenblick an dem dunklen Wirtshause still, wo die Laternen des Postwagens in der Ferne sichtbar wurden. Er wurde angerufen, der Kondukteur zeigte sich gefällig, denn die Post war gänzlich leer, und nach einer kurzen Verabredung nahm Gustav an der Seite des Beamten Platz, nachdem er dem dienstfertigen Knecht ein Geldstück in die Hand gedrückt und ihm Grüße aufgetragen hatte. Der Wagen rollte schnell davon, und mit einem erleichterten tiefen Atemzug warf sich der blinde Passagier in die Ecke der Kissen.

III.

Wir finden den Doktor Wilberg nach einigen Wochen in der Hauptstadt wieder, und zwar als einen ganz andern Mann. Der Staubkittel und die Reisetasche sind in irgend eine Kiste der Polterkammer geworfen worden, die Anstrengungen jener abenteuerlichen Nachtfahrt sind vergessen, die Erinnerungen daran wenigstens abgestumpft. Er hat bis jetzt nichts weiter davon gehört. Der elegante Gesellschaftsanzug, in welchem wir ihn erblicken, paßt zu der eleganten Wohnung, und durch die geöffneten Flügeltüren erkennt man, daß einige Nebenzimmer nicht weniger stattlich ausgeschmückt sind.

Wilberg wohnte seit seiner Rückkehr im Hause seiner Mutter, das zwar in keiner der Hauptstraßen gelegen, doch eben so bequem wie stattlich war. Sein Vater hatte es bauen und einrichten lassen, ganz für sich. Nachdem er gestorben war, konnte die Geheimrätin Wilberg sich nur schwer entschließen, das obere Stockwerk zu vermieten, endlich fand sich ein alter Herr, das Musterbild der Pünktlichkeit eines Junggesellen, der fünfzehn Jahre lang unhörbar und fast unsichtbar die große Wohnung inne hatte, aber in Wahrheit nur ein ganz kleines Zimmer benutzte.

In dem Augenblicke, wo wir den Faden unserer Mitteilung aufnehmen, ward ein wichtiges Gespräch zwischen Mutter und Sohn geführt. Die Geheimrätin saß auf dem rotdamastnen Sofa, und in der schlanken, noch immer schönen Frau hätte man schwerlich die Mutter eines sechsundzwanzigjährigen Sohnes erkennen sollen. — Die feinen Züge ihres Gesichts hatten im Zwange des Gesellschaftslebens einen bestimmten Ausdruck erhalten; sie wußte jeden Augenblick, wie sie aussah und was sie tat. Ein berechnender Verstand lag in ihrer breiten Stirne, und während ihres langen Witwenstandes hatte die Gewohnheit der Selbständigkeit und der damit verbundenen unbehinderten Ausführung ihres Willens ihr jenen Zug von Entschiedenheit aufgeprägt, der leicht als Hochmut erscheinen kann.

Ihr Sohn saß ihr gegenüber auf einem der Polsterstühle und hörte schweigend ihre Auseinandersetzungen, indem er seine Hände betrachtete und zerstreut sein Haar um die Finger rollte.

Ich hoffe, Du bist mit meinen Einrichtungen zufrieden, sagte die Mutter, und im reinen mit Dir und dem, was Du willst.

Aber glaubst Du, erwiderte der Sohn aufblickend und stockend, glaubst Du, daß Stephanie —

Sei überzeugt, fiel die Geheimrätin ein, Du wirst keinen Widerstand finden; der Weg ist Dir geebnet durch meine Vorbereitungen.

Eine Wolke des Verdrusses flog über die Stirn des jungen Mannes, und eine leichte Röte färbte sein Gesicht. Wir Mütter, fuhr die Dame scherzend fort, haben nun einmal die Passion, für die glückliche Zukunft unserer Kinder zu sorgen, wenn diese noch in der Wiege liegen; wir verloben und verheiraten häufig sogar die Ungeborenen. Doch um auf Dich zurückzukehren, so ist wenigstens so viel wahr, daß vor zehn oder zwölf Jahren zwischen mir u;nd Stephaniens Mutter allerlei Verabredungen getroffen wurden, aus Euch ein Pärchen zu machen. — Deine Kurmacherei hat später den Beziehungen ein gewisses Gewicht gegeben.

(Fortsetzung folgt.)

es Körpers, zur Bildung seines Geistes überhaupt keine t verbleibt. Die Ursache dieses Übelstandes ist einesteils der allzulangen Arbeitszeit zu suchen, anderenteils in der altigen Anstrengung, die die Arbeit erfordert. Diesem lstande wäre abzuhelfen, wenn die Kollegen ihre Leigsfähigkeit etwas zurückhielten und sich darin nicht gegenig Konkurrenz böten."

In diesen Sätzen liegt der Kern seiner Ausführungen. schildert weiter aus der Praxis, wie die Unternehmer oft greifen, einem Arbeiter besondere Zuwendungen zu geren, um ihn als Antreiber und Rekordarbeiter benutzen können, und fordert von den Bauarbeitern, sich nicht dazu ugeben und von den Baudelegierten, gegen solchen Unfug uschreiten.

Was ist dagegen zu sagen? Vom Standpunkt eines raffigen Kapitalisten freilich sehr viel, vom Standpunkt eines efangenen Volkswirtschafters aber nichts. Im Gegenteil: ist innigst zu wünschen, daß dieser Aufruf zum Selbstz gegen die Auspowerung bis auf den letzten Tropfen von Arbeitern befolgt würde. Von dem Entrüstungsgeschrei kapitalistischen Presse darf man sich nicht im geringsten ren lassen, und ihren unwahren und hetzerischen Entungen ist der wirkliche Tatbestand gegenüber zu halten. fällt den Bauarbeiterorganisationen gar nicht ein, der lenzerei das Wort zu reden. Unzählige Male haben sie ären lassen, daß die Arbeiter verpflichtet seien, ihre Arbeit ich und fleißig zu verrichten. Und gerade, weil sie sich er ehrlich auf diesen Standpunkt gestellt haben, können mit gutem Recht und gutem Gewissen gegen die unvermte Wühlerei auftreten, die mehr und mehr die übliche eitsweise zu werden scheint. Es besteht ein großer Unterd zwischen fleißiger Arbeit und der wahnsinnigen Hast, auf so vielen Arbeitsstellen herrscht. Die Leute in der gerlichen Presse haben ja gar keine Ahnung, wie sich die eitsleistung im Baugewerbe entwickelt hat. Wenn die te nur etwas nachdenken wollten, müßte ihnen der tägche Augenschein zeigen, in wie großem Umfange die Arbeitsstungen der Bauarbeiter nur in den letzten 20 und 25 Jahre gestiegen sind. Hören wir darüber einen ganz unterdächen Zeugen, den Bautechniker Wussow, der sich im Jahre 10 während der Bauarbeiteraussperrung im „Grundstein" er die Arbeitsleistung äußerte. Dieser Mann schrieb mals:

„Ich stehe jetzt seit 22 Jahren im praktischen Baugewerbe, kenne es im Süden und Westen, und seit einigen Jahren h im Norden Deutschlands und nehme daher für mich das cht in Anspruch, über die Frage der Arbeitsleistung eine einung äußern zu dürfen. Und auf Grund meiner prakhen Erfahrung sage ich: Die Arbeitsleistung im augewerbe hat sich mächtig nach oben entckelt."

Wussow erwähnt dann ein Gespräch mit einem Maurerister, der sich ebenfalls an der Aussperrung beteiligt hatte d den er nach seiner Meinung über den angeblichen Rückg der Arbeitsleistung im Baugewerbe fragte:

„Er sah mich nur an und sagte: Darüber brauchen wir h nicht zu reden! Wir wissen doch, was früher getan rde und was heute geleistet wird. Aber, wissen Sie, die zufriedenheit der Meister ist erklärlich: wir waren es gehnt, daß die Arbeitsleistung fortwährend wuchs. Bei em Bau konnte man sehen, wie es schneller ging als beim hergehenden. Da denken manche, das müßte fortwährend weiter gehen. Aber die menschliche Arbeitskraft hat doch h ihre Grenzen."

Wussow schloß seinen Artikel damals mit folgenden tzen:

„Es ist Verleumdung, wenn man den Gewerkschaften hsagt, sie verleiteten ihre Mitglieder zur Faulheit. Eher nte man das Gegenteil behaupten. Ich habe wenigstens einigen Jahren, es war im rheinischen Industriegebiet, st gehört, wie Bömelburg in einer Versammlung unter n Beifall der Zuhörer sagte: „Wir halten darauf, daß es unserer Mitglieder seine volle Schuldigkeit auf der Artsstelle tut." Aber das werden die Leser des „Grundstein" besten beurteilen können. Ich wollte hier nur der falen Behauptung entgegentreten, daß die Arbeitsleistung im urergewerbe zurückgegangen sei. Ich habe das getan, obhl ich kein Sozialdemokrat bin; denn ich halte diese Beiptung für ein schweres Unrecht, und den Bauarbeitern ist n soviel Unrecht zugefügt worden, daß man sie mit allem chdruck gegen solche unwahren und ungerechten Vorwürfe itzen muß."

So urteilt ein unbefangener und sachkundiger Mann über se Angelegenheit. Aber freilich, solche Äußerungen schwei die journalistischen Söldlinge der Scharfmacher tot; denn passen nicht zu den Verleumdungen, mit denen sie jetzt aus r durchsichtigen Gründen die Bauarbeiter heimsuchen.

Gewerkschaftsbewegung.

Neue Verhandlungen im Malergewerbe? Das Zentralit für das deutsche Baugewerbe teilt mit, daß Vorsitzende des Hauptverbandes deutscher Arbeitververbände im Malergewerbe, Herr Kruse, in meinschaft mit dem Malermeister und Reichstagsordneten Irl eine Audienz beim Staatssekretär des nern, Exz. Dr. Delbrück, hatte, bei welcher beide rren einen Bericht über die Lohnbewegung im Malerverbe gaben. Auf eine Anfrage des Herrn Staatssekres, ob die Arbeitgeber zu neuen Verhandlungen geneigt en, wurde in zustimmendem Sinne geantwortet und der wesende Magistratsrat von Schulz ersucht, die Vorverdlungen in die Wege zu leiten.

Der Notschrei der Malermeister verhallt doch nicht überungehört. Besonders an die übrigen Unternehmer im ugewerbe erging der Hilfeschrei der Malermeister. Und die Bauunternehmer gerade dafür viel Verständnis haben rden, wurde gewiß in den Kreisen der Malermeister erriet. Anscheinend aber nur vereinzelt greifen die Unterer im Baugewerbe den fallenden Malermeistern helfend er die Arme. Die Vereinigung des Karlsruher Baudwerks hat an ihre Mitglieder folgendes Zirkular ersen:

„Geehrter Herr Kollege! Das Malergewerbe befindet ich zurzeit in einem Lohnkampfe und hat um Unterstützung ei uns nachgesucht. Es ist deshalb unsere Pflicht, die Malermeister dadurch zu unterstützen, daß sämtliche Kollen mit der Fertigstellung von Malerarbeiten nicht dränen und hauptsächlich in ihren Bauten, wo unorganisierte behilfen noch arbeiten, denselben Schutz zu gewähren, daß iese von den organisierten ausgesperrten Gehilfen nicht eläftigt werden. Ferner wird gebeten, keine organisierten usgesperrten Gehilfen auf eigene Rechnung einzustellen.

Wir richten die dringende Bitte an Sie, obigen Wünchen der Malermeister zu entsprechen, um dem Malerewerbe zum Sieg zu verhelfen, denn mit der Niederlage er Malergehilfen in ganz Deutschland dürfte dem bevorehenden Lohnkampf der Maurer oder eventl. sonst in Beht kommenden Gewerbe die Spitze schon etwas gerochen sein.

Die Vereinigung des Karlsruher Bauhandwerks.
(gez. Karl Beiler.)"

Wird vergebens sein! Die verpfuschte Aussperrung wird auch dadurch für die Malermeister nicht gerettet werden können. So viel steht heut schon fest, daß so mancher Malermeister im stillen Kämmerlein über die Patsche, in die er durch die Aussperrung hineingeraten ist, nachdenkt und daß mancher dieser Herren nach den gemachten Erfahrungen jetzt nicht wieder aussperren würde. Wir glauben es den Unternehmern des Baugewerbes gern, daß sie annehmen, die Niederlage der Malergehilfen würde dem Lohnkampf im Baugewerbe die Spitze abbrechen. Wie aber, wenn die Niederlage der Malergehilfen ausbleibt? So wie die Situation gegenwärtig ist, erscheint die Aussperrung im Malergewerbe am allerwenigsten geeignet, dem Lohnkampfe der übrigen Baugewerbe die Spitze abzubrechen.

In welcher verzweifelten Situation sich das Scharfmachertum im Maler- und Anstreichergewerbe befindet, und wie skrupellos dreist es versucht, die Öffentlichkeit irrezuführen, das läßt sich ermessen an einem in auffallender Schrift gesetzten großen Inserat in der amtlichen „Rhein- und Ruhrzeitung", dem Kapitalistenorgan in Duisburg, das wie folgt lautet:

„Arbeitgeberverband für das Maler- und Anstreichergewerbe
Ortsgruppe Duisburg.

An unsere Mitbürger!

Die deutsche Arbeiterschaft im Malergewerbe hat mit überwältigender Majorität die zum Neuabschluß eines Reichstarifvertages gefällten Schiedssprüche abgelehnt.

Demzufolge hat der Vorstand des Hauptverbandes deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, Sitz Berlin, und dessen Unterverband Rheinland und Westfalen einstimmig beschlossen, am Freitag, dem 7. d. M., sämtliche organisierten Gehilfen zu entlassen. Wir bitten die gesamte Bürgerschaft, uns bei dem von den Gewerkschaften uns aufgedrungenen Kampf nach Kräften zu unterstützen und alle Maler- und Anstreicherarbeiten bis nach Beendigung des Kampfes zurückzustellen. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Malergewerbe, Ortsgruppe Duisburg, sowie der Vorstand der Zwangsinnung."

Obwohl doch nun alle Welt weiß, daß nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmervertreter die Schiedssprüche der Unparteiischen abgelehnt haben, wird in dem Notschrei der Duisburger Unternehmer an die Bürgerschaft das strikte Gegenteil behauptet. Die Duisburger Gehilfen nahmen nun, als das vorstehende Inserat am Dienstag, dem 18. März, zum erstenmal erschien, als selbstverständlich an, daß es sich lediglich um einen Druckfehler handele und kümmerten sich nicht weiter darum, zumal ja auch die Duisburger „Aussperrung" nur von der humoristischen Seite betrachtet wird; sind doch dort noch keine 15 % ausgesperrt. Als nun aber am 20. d. M. dasselbe Inserat in der „Rhein- und Ruhrzeitung" erschien, glaubten die Gehilfen doch, das Blatt auf den „Irrtum" aufmerksam machen zu sollen. Indes das Sprachrohr der Unternehmer fühlte keine Verpflichtung in sich, die offenkundige Unwahrheit richtig zu stellen, indem es auf telephonischen Anruf erklärte, daß das Inserat genau nach dem Manuskript gesetzt sei! Nun fand zufällig an demselben Tage eine Sitzung des Gesellenausschusses statt. Diese Gelegenheit benutzten dann die Gehilfenvertreter, die Meister und den gleichfalls anwesenden Vorsitzenden des Unternehmerverbandes, Malermeister Kreutz, auf das wahrheitswidrige Inserat aufmerksam zu machen. Zunächst bestritten die Innungsmeister, daß der Innungsvorstand es überhaupt unterzeichnet habe, betonten dann aber, daß der „Irrtum" „natürlich" berichtigt werden müsse. Aus dem Verhalten des Vorsitzenden des Unternehmerverbandes aber schlossen die Gehilfen, daß dieser den Inhalt des Inserats nicht berichtigen werde. Und so ist denn auch bis zum 27. März noch keine Berichtigung erfolgt, obwohl diese Unterhandlung sich bereits am Mittwoch vor Ostern, also am 20. März abspielte! Es mag ganz dahingestellt bleiben, ob Unternehmerverband oder Innung, oder auch nur der Vorsitzende das Inserat in die Welt gesetzt hat. Tatsache ist, daß mit Wissen beider Korporationen dieser offenkundige Schwindel, mit dem die Öffentlichkeit angelogen wird, bis heute nicht berichtigt ist, und daß auch das amtliche Publikationsorgan in Duisburg es nicht aus eigenem Antriebe für nötig erachtet, die dreiste Lüge zu widerrufen. Ein solches Verfahren richtet sich selbst und charakterisiert diejenigen, die es anwenden.

Streiks der Schiffszimmerer. Die auf den Schiffswerften in Neuwarp in Pommern beschäftigten Schiffszimmerer haben wegen Nichtanerkennung gestellter Forderungen und Ablehnung jeder Verhandlung die Arbeit eingestellt. In Oderberg (Mark) und auf der Werft von K. Füting in Liepe am Finowkanal befinden sich die Schiffszimmerer aus denselben Gründen im Ausstand. Eine rühmenswerte Ausnahme bildet die Firma Mertens in Oderberg, die die berechtigten Wünsche und Forderungen der Arbeiter anerkannt hat. Um strenge Fernhaltung des Zuzuges nach den übrigen genannten Werften wird dringend ersucht.

Bezirkliche und örtliche Tarifverhandlungen im Baugewerbe. Der Vorstand des Unternehmerverbandes hat mit Rundschreiben vom 22. März ds. Js. die Bezirks-, Landes- und Provinzialverbände sowie die dem Bund direkt angeschlossenen Einzelortsverbände angewiesen, die Tarifverhandlungen auf Grund des von den Unparteiischen vorgeschlagenen Hauptvertrages und Vertragsmusters umgehend zu beginnen und spätestens bis zum 19. April d. J. zu beenden. Die Verhandlungen sollen mindestens für alle bisherigen Vertragsgebiete geführt werden. Am 10., 15. und 19. April soll dem Bundesvorstand über den Gang und Erfolg der Verhandlungen kurz berichtet werden.

Zur Aussperrung im Malergewerbe. In Hannover ist es in den letzten Tagen zum definitiven Abschluß eines Tarifvertrages zwischen der Zwangsinnung und dem Verband der Maler gekommen. Durch den Tarif wird der Lohn um einen Pfennig über den Berliner Schiedsspruch (von 5 auf 6 Pfennige im dritten Vertragsjahre) erhöht. Die für dieses Jahr festgesetzte Lohnerhöhung von 3 Pfennig wird am 1. März, also vom Ablauf des alten Tarifs an, nachgezahlt. Außerdem beträgt die Entfernung, über die hinaus Fahrgeld bei auswärtigen Arbeiten gezahlt wird, nicht 5 Klm. wie im bisherigen und jetzt umstrittenen Reichstarif, sondern 4 Klm. Als Ablaufstermin ist nicht, wie es bisher der Fall und für den zukünftigen Tarif vorgesehen war, der 15. Februar, sondern der 1. März 1916 festgesetzt. Wichtig sind auch die Bestimmungen über die Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz. Diese regeln hier lediglich die beiderseitigen Vertragsparteien, so daß der Einfluß des Unternehmerverbandes zur Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz, auf den dieser bisher immer so großes Gewicht legte, ausgeschaltet ist. Von Bedeutung für die Unternehmer aber ist, daß durch solche Abschlüsse wie in Hannover, Mittweida und anderen Städten das Prinzip des Reichstarifvertrages immer mehr durchlöchert wird. Der Unternehmerverband muß jetzt zusehen, wie das, was ihm vor drei Jahren als das Wichtigste erschien, allmählich dahinschwindet. Denn noch einige solche Fälle wie Hannover, und eine Reihe bisher den Gehilfenorganisationen auferlegte allgemein tarifrechtliche Verpflichtungen sind gegenstandslos geworden, und zwar nicht auf Betreiben der Gehilfenorganisationen, sondern infolge einer aus dem Unternehmerverband selbst hervorgehenden Reaktion, die sich gegen die engen Fesseln wehrt, die der Reichstarifvertrag den Unternehmern ohne Berücksichtigung ihrer besonderen Verhältnisse anlegt. Dazu kommt, daß auch die Verhandlungen mit dem Bund deutscher Dekorationsmaler, der vor einer ganz neuen Entwicklung steht, wieder lebhaft gefördert worden sind. Die praktischen Folgen des jedenfalls zustande kommenden Tarifvertrages werden den Machern im Vorstande des Unternehmerverbandes jedenfalls noch zeigen, daß ihre blinde Draufgängerei den Malermeistern keinen Segen bringt. In Bochum sind von den frei organisierten Malern nur noch 40 außer Arbeit, während die Christlichen ihre Leute alle untergebracht haben. Der Sondertarif ist bis jetzt von 5 Unternehmern unterzeichnet worden. In einer Versammlung der christlichen Gewerkschaften wurde das Verhalten der Unternehmer, wie das passive Verhalten der Aufsichtsbehörden gegenüber dem ungesetzlichen Vorgehen der Innungen mit ihren Strafbeschlüssen auf das schärfste kritisiert. Die Führer der christlichen Bauarbeiter erklärten, mit voller Kraft hinter den Malern stehen zu wollen, wenn man zum Angriff übergehe. Alsdann müßten die Gehilfen aber auch wissen, wofür sie gekämpft haben. Die Kriegskosten müßten die Unternehmer tragen. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Soziales.

Der Kinderhandel am Bodensee hat wieder begonnen. Ein Extraschiff bringt die modernen Sklaven aus Bregenz an die württembergische Küste des Bodensees. Hier werden die Kinder ausgeschifft und der Handel zwischen den Verkäufern und den Käufern beginnt. Es handelt sich um Kinder armer Tiroler Eltern, die diese über den Sommer fortgeben. Die Käufer der Kinder sind oberschwäbische Bauern. Das einzelne Kind wird an den meistbietenden Liebhaber abgegeben. Übersteigt die Nachfrage das Angebot, so sind auch die Preise für die Kinder entsprechend höher. Es ist ein Menschenmarkt im wahrsten Sinne des Wortes. Von den Käufern werden die Kinder zum größten Teil in der unerhörtesten Weise ausgebeutet. Sie müssen den Bauern nicht selten einen Knecht oder eine Magd ersetzen. Schwere landwirtschaftliche Arbeiten werden den zarten Kindern aufgehalst. Da sie solchen Arbeiten körperlich nicht immer gewachsen sind, leidet sehr oft die Gesundheit der Kinder unter solchen Strapazen bitter not. Das Hütekinderwesen ist ein großer Unfug, dem die sozialdemokratische Presse seit Jahren energisch auf den Leib rückt. Die Schäden, die den also verschacherten und behandelten Kindern erwachsen, sind sehr groß. Hier müßte vom Staate eingegriffen und dem fluchwürdigen modernen Sklavenhandel ein Ende gemacht werden. Allerdings bestreiten diejenigen, die den Nutzen aus den armen Teufeln ziehen, die großen Gefahren für die Kinder. Sie geben zwar zu, daß hin und wieder Ausschreitungen vorkommen, behaupten aber, die Kinder würden in der Regel den eigenen Kindern des Dienstherrn angeschlossen. Das trifft aber nur in den seltesten Fällen zu. In der Regel werden die gedungenen Kinder als Dienstboten behandelt. Ihren jugendlichen Bedürfnissen wird nicht im entferntesten Rechnung getragen. Bezeichnend ist, daß die kirchlichen Behörden genau so wie die staatlichen dem Unfug ruhig zusehen und sich gar nicht bewogen fühlen, Schritte gegen das Hütekinderunwesen zu unternehmen. Die Passivität der oberschwäbischen Geistlichen in dieser Sache wird verständlich, wenn man bedenkt, daß es sich bei den Käufern der Hütekinder fast ausnahmlos um Zentrumsbauern handelt. Gegen diese wollen und dürfen die Schwarzröcke nichts unternehmen, wenn sie nicht unter den Schlitten kommen wollen. Deshalb schweigen die sonst so redseligen katholischen Geistlichen zu dem Unfug, ja verteidigen ihn sogar mitunter noch. Sie haben nichts dagegen, daß die Kinder monatelang dem Schulunterricht entzogen werden. Jedenfalls bemühen sich die schwarzen Helden, das, was hier versäumt wird, mit dem Trost aufs Jenseits zu ersetzen. Um so energischer wird die Sozialdemokratie den Kampf gegen diesen modernen Sklavenhandel im württembergischen Oberland aufnehmen.

Der Sternenhimmel im April.

Den Abendhimmel beherrschen während des Winters die prächtigen Sternbilder Fuhrmann, Zwillinge, Orion, Großer und Kleiner Hund und Stier, die am 1. April um 10 Uhr abends schon weit gegen Westen und Nordwesten hin verschoben sind. Dafür tauchen um diese Zeit im Nordosten die Sommergestirne auf, unter ihnen vor allem die weißglänzende Wega in der Leier, während der lichteste Stern des Winterhimmels, der blauschimmernde Sirius, in Westsüdwesten unter den Horizont herabsinkt. Bevor dieser Stern sich unserer Beobachtung für längere Zeit entzieht, wollen wir einer der rühmlichsten Großtaten des Menschengeistes gedenken.

Diese Tat steht an Wert geistiger Kraft und Schärfe, die dabei zu bewähren waren, durchaus derjenigen gleich, welche J. C. Adams (1819—1892) in Cambridge und J. J. Leverrier (1811—1877) 1846 in Paris unabhängig von einander durch Berechnung der Bahn eines vermuteten transuranischen (jenseits vom Uranus befindlichen) Planeten vollbrachten; diesen Planeten, der den Namen Neptun erhielt, fanden nach den ihnen gemachten Angaben über Zeit und Standort J. Challis in Cambridge am 4. August 1846 und J. G. Galle in Berlin am 23. September 1846 auf. Nicht so schnell allerdings gelang es, die Bestätigung einer Vermutung zu erhalten, die den Fixstern Sirius betraf. Wie alle Fixsterne, so hat auch Sirius eine Eigenbewegung im Weltraume, die im Mittel 7 Kilometer in der Sekunde gegen unsere Sonne hin beträgt. Während aber die meisten Fixsterne eine räumlich-zeitliche Gleichmäßigkeit ihrer Eigenbewegung zeigen, bemerkte man beim Sirius zeitweise ziemlich beträchtliche Störungen. Daraus schloß 1844 zuerst Friedr. Wilh. Bessel (1784—1846) in Königsberg, einer der bedeutendsten Astronomen aller Zeiten, Sirius müsse einen dunklen Begleiter haben, der sich mit ihm um einen gemeinsamen Schwerpunkt bewege. Die Bahnen beider Himmelskörper bestimmte rechnerisch nach den Ideen seines Meisters C. A. Peters (1806—1880) in Königsberg im Jahre 1845, wonach die Umlaufszeit 49,4 irdische Jahre und der mittlere Abstand des Begleiters vom Hauptsterne demjenigen des Uranus von der Sonne etwa gleichkommt. Bei der großen Entfernung des Sirius von dem Sonnensysteme, nämlich 8,6 Lichtjahre (das Licht des Sirius braucht bei einer Sekundengeschwindigkeit von 299 865 Kilometer 8,6 Jahre, um zu uns zu gelangen), bedurfte es besonders großer und sorgfältig gearbeiteter Fernrohre zur Entdeckung des Begleiters. Erst am 31. Januar 1862 wurde dieser entdeckt; als an diesem Tage ein junger Sohn des Optikers Alvan Clark (1804—1887) in Boston ein neues Objektiv von 47 Zentimeter Durchmesser auf Sirius prüfte, rief er plötzlich: „Vater, der Stern hat einen Begleiter!" — und dieser Begleiter stand, wie sich alsbald zeigte, gerade an der Stelle, wo er nach Peters zu dieser Zeit stehen sollte. Die erste Tat der Astronomie des Unsichtbaren hatte sich somit nach 17 Jahren als wissenschaftliche Wahrheit erwiesen. Weiter ergab sich, daß der Hundsstern selbst 1,78, sein Trabant 0,89 Sonnenmaßen hat.

Eine gleiche Vermutung hatte Bessel für den größten Stern des kleinen Hundes, Prokyon, ausgesprochen, der am 1. April um 10 Uhr abends im Südwesten etwa 40 Grad

über dem Horizont leuchtet. Anfang der sechziger Jahre führte für diesen Stern, wie auch für Sirius, genauere Berechnungen Arthur Auwers in Königsberg aus. Die Umlaufszeit Prokyons und seines Begleiters um den gemeinsamen Schwerpunkt beträgt 40 Jahre. Die Auffindung dieses Begleiters gelang erst 1896 dem Württemberger J. M. Schäber (geb. 1853) mit dem großen 36zölligen Refraktor der Lick-Sternwarte auf dem Mount Hamilton in Kalifornien, also 35 Jahre nach der Vornahme der Berechnungen und 52 Jahre nach den aus Beobachtungen abgeleiteten Folgerungen über das Wesen dieses Sternes. Soll uns mehr die Zuverlässigkeit der astronomischen Wissenschaft mit Bewunderung oder die Gesetzmäßigkeit der Bewegungen im Weltall mit Andacht erfüllen?

Wir überblicken nach diesen Belehrungen, Erwägungen und Stimmungen die an der Himmelkuppel am 1. April 10 Uhr abends sichtbaren anderen Sternbilder. Über Prokyon, nur etwas mehr westlich, erstrecken sich die Zwillinge mit Kastor und Pollux und führen auf den im Westen unter dem Horizont versinkenden Orion hin. Im West-Nordwesten glänzt Capella, der größte Stern im Fuhrmann, und, dem Horizont näher, der Stier mit Aldebaran und den Plejaden, und wieder weiter nach Nordwesten hin, 30 Grad über dem Horizont, steht Perseus mit einem merkwürdigen Stern veränderlicher Lichtgröße, Algol, dem wir einmal nähere Aufmerksamkeit zuwenden werden. Wie der Fuß der Zwillinge, der Fuhrmann und Perseus, so stehen weiter das W der Cassiopeia im Nordnordwesten, Cepheus im Norden und der im Nordnordosten aufgehende Stern Deneb des Schwans in der Milchstraße. Auf die im Nordosten aufgegangene Wega in der Leier haben wir schon das Augenmerk gerichtet. Ihr vorausgegangen sind der sternreiche Herkules und die halbkreisförmige Krone mit Gemma. Im Osten glänzt hell im Bootes der Arktur, auf den die Rücken- und Schwanzsterne des Großen Bären hinweisen, der den Meridian etwas nördlich vom Zenit zu überschreiten im Begriff ist, während südlich der helle Stern Regulus im Großen Löwen etwa 50 Grad über dem Horizont im Meridian steht. Das nach Osten hin langgestreckte Trapez dieses Sternbildes weist auf die Jungfrau hin, deren größter Stern Spica soeben über den Horizont aufgestiegen ist. Tief im Süden die Wasserschlange und von da nach Südosten der Becher und der Rabe sind nur bei recht günstigen Luftverhältnissen noch erkennbar.

Die Sonne tritt am 20. April vom Zeichen des Widders (Sternbild der Fische) in das Zeichen des Stiers (Sternbild des Widders) über. Ihre Höhe im Meridiane von Lübeck beträgt am 1. April 40,54 Grad, am 1. Mai 51,11 Grad. Die Auf- und Untergangszeiten sind für Lübeck in mitteleuropäischer Zeit folgende:

	Aufgang	Untergang	Tageslänge
1. April	5 Uhr 53 Min.	6 Uhr 50 Min.	12 Std. 57 Min.
8. „	5 „ 37 „	7 „ 3 „	13 „ 26 „
15. „	5 „ 20 „	7 „ 16 „	13 „ 56 „
22. „	5 „ 4 „	7 „ 29 „	14 „ 25 „
29. „	5 „ 49 „	7 „ 42 „	14 „ 53 „
1. Mai	4 „ 44 „	7 „ 45 „	15 „ 1 „

Der Tag nimmt für Lübeck also im April 2 Stunden und 4 Minuten zu.

Die Phasen des Mondes sind folgende: Neumond am 6. April 7 Uhr nachm., erstes Viertel am 14. April 6½ Uhr vorm., Vollmond am 20. April 10½ Uhr nachm., letztes Viertel am 28. April 7 Uhr morgens. Am 2. und 30. April steht der Mond in größter Erdferne, am 18. April in größter Erdnähe.

Von den Planeten wird Venus in diesem Monat sehr rasch am Abendhimmel verschwinden und im Sonnenlichte untertauchen, um Anfang nächsten Monats am Morgenhimmel zu erscheinen. Sie ist vom 3. April an rückläufig und steht am 24. April zwischen der Erde und Sonne, d. h. in unterer Konjunktion. Am 1. April geht sie für Lübeck 3 Std. 41 Min. nach der Sonne unter, am 1. Mai 46 Min. vor der Sonne auf. Die Konjunktion mit der jungen Mondsichel am 8. April ist für uns nicht sichtbar; am 9. April steht der Mond schon erheblich weit östlich von der Venus. Merkur bleibt in der Morgendämmerung verborgen. Mars geht für Lübeck am 1. April 41 Min., am 1. Mai 1 Std. 2 Min., Jupiter am 1. April 2 Std. 42 Min., am 1. Mai 3 Std. 30 Min. vor der Sonne auf; letzterer ist im Schützen ein glänzender Stern. Die Sichtbarkeitsdauer von Saturn, südlich von den Plejaden, verringert sich nach Sonnenuntergang von 4 Std. 36 Min. am 1. April auf nur 2 Std. 2 Min. am 1. Mai. Uranus im Steinbock ist Morgenstern; er geht am 1. April 1 Std. 58 Min., am 1. Mai 2 Std. 29 Min. vor der Sonne auf. Neptun endlich steht nach wie vor südlich von Pollux in den Zwillingen.

Von Sternschnuppen wird vom 18. bis 21. April besonders der Lyridenschwarm auffallen, d. h. Sternschnuppen, die von der Leier auszugehen scheinen. Das Mondlicht wird allerdings die Beobachtung beeinträchtigen.

Aus dem Gerichtssaal.

Für unmilitärischen Haarschnitt — 16 Tage strengen Arrest! Die kleinliche Auffassung mancher Vorgesetzten von dem Wesen der Disziplin und der übertriebene militärische Drill offenbaren sich in greller Form durch einen bemerkenswerten Fall von „Insubordination", mit dem sich das Dresdener Kriegsgericht zu beschäftigen hatte. Dem Hauptmann der Dresdner Militär-Arbeiterabteilung wurde eines Tages mitgeteilt, daß ein Arbeitssoldat übermäßig langes Haar habe, weshalb ein allgemeines Haarschneiden angeordnet wurde. Auch der Arbeitssoldat Wideck erhielt den Befehl, sich sofort das Haar schneiden zu lassen, obgleich er erst einige Tage zuvor geschoren worden war. Obgleich W. auf diesen Befehl erklärte, er habe sich doch das Haar erst schneiden lassen, hielt der Sergeant seinen Befehl aufrecht, weil W.'s Haarschnitt nach seiner Meinung unmilitärisch war! Als W. auf den zweiten Befehl erklärte, er lasse sich das Haar nicht schon wieder schneiden, sagte der Sergeant: „Sie lassen sich das Haar ganz kurz schneiden!" Auch diesen Befehl ließ W. unbefolgt, sagte vielmehr: „Ich lasse mir mein Haar nicht kurz schneiden, ich bin doch bei der Truppe und nicht im Gefängnis!" W. hatte durchaus in gutem Glauben gehandelt. Um so mehr war er verwundert, als er eine Anklage wegen Beharrens im Ungehorsam, ausdrücklicher Gehorsamsverweigerung und Achtungsverletzung erhielt! Das Gericht war der Meinung, daß sich W. das Haar wie befohlen schneiden lassen mußte, und erkannte auf — 16 Tage strengen Arrest!! W. hatte sich gut geführt und steht kurz vor der Entlassung. — Ja, wir haben doch ein gerecht Kriegsheer, vor dem der Feind ja schon deshalb Reißaus nehmen muß, weil es ja streng militärischen Haarschnitt hat. Hurra, Hurra, Hurra!

Aus Nah und Fern.

Ehetragödie. In Berlin versuchte der Schmied Töring seine von ihm getrennt lebende Frau durch zwei Revolverschüsse zu töten, verletzte sie aber nur an der rechten Hand. Darauf stürzte er sich selbst durch einen Schuß in die Schläfe.

Schwere Autounfälle. In der Nacht zum Sonntag fuhr ein mit vier Personen besetztes Automobil der Zeche „Viktoria Mathias" bei der Zeche „Humboldt" bei Mülheim gegen einen Bordstein. Das Automobil überschlug sich und die Insassen stürzten heraus. Der Chauffeur Insel und ein Insasse namens Schleifhaken wurden lebensgefährlich verletzt und starben bald. Die beiden anderen wurden nur leicht verletzt. — Bei Ober-Michelsdorf auf der Chaussee Liegnitz-Haynau rannte ein Automobil, das sich auf einer Probefahrt befand, mit voller Wucht gegen einen Baum. Das Fahrzeug überschlug sich, die Insassen wurden herausgeschleudert. Sofort getötet wurden der Destillateur Graf aus Haynau, der Kaufmann Julius Müller aus Haynau und ein Monteur. Der Chauffeur wurde tödlich verletzt. Der Gastwirt Thomas aus Liegnitz erlitt einen Beinbruch.

Ein verwegener Straßenraub wurde am belebtesten Punkte und in der verkehrsreichsten Mittagsstunde am Stachus in München verübt. Ein früherer Kutscher der Schuhfirma Schürr hatte in Gemeinschaft mit einem zwanzigjährigen Burschen den Wagen der Firma den ganzen Vormittag über verfolgt und beobachtet, wie der Kutscher einen schweren Geldsack auf dem Postscheckamt geholt und unter seinem Kutschersitz verschlossen hatte. Als der Kutscher am Stachus absteigen mußte, gingen die beiden Spitzbuben auf den Wagen zu, sprengten ungeniert mitten unter dem Publikum und unbemerkt von den zahlreich dort postierten Schutzleuten den Kutscherschlag auf und holten den Sack heraus, mit dem der junge Bursche auf einem Rade zu entfliehen versuchte. Er konnte aber bei dem Gewicht des Geldsackes nicht fahren, warf das Rad weg und entfloh zu Fuß, wurde aber verhaftet. Der Komplize und Anstifter ist erkannt, aber entkommen.

Ein empfindlicher Amtsvorsteher ist Herr Zimmermann, der dem ostelbischen Amtsbezirk Scheidelwitz vorsteht. Genosse Farchmin ersuchte ihn um die Genehmigung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel. Die Antwort hatte folgenden Wortlaut:

Scheidelwitz, den 22. März 1913.

Die Anmeldung der abzuhaltenden politischen Versammlung bei Kuhnert Scheidewitz ist hier zur Kenntnis gelangt, bei Innehaltung der gesetzl. Bestimmungen nichts dagegen einzuwenden. Die Corenspondens sofort verbiete ich mir ein für alle mal.

Der Amtsvorsteher
Zimmermann.

Mit Stil und Ortographie steht der Herr Amtsvorsteher, wie man sieht, auf dem Kriegsfuß. Auch dürfte es sich für ihn empfehlen, den § 7 des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 einmal gründlich zu studieren. Dort wird er finden, daß er von dem Schreiben des Genossen Farchmin nicht nur Kenntnis nehmen sollte, sondern die Genehmigung zu erteilen hatte. Das Wort „sofort" kommt im Vereinsgesetz häufiger vor, auch im § 7, daher brauchte er nicht so empfindlich zu sein.

Durchlaucht hofft! Die Generaldirektion des Fürsten Pleß versendet an ihre Lieferanten folgendes Schreiben:

„Vom 1. April 1913 ab erscheint in Breslau unter dem Titel „Schlesische Landpost" ein gegen die Sozialdemokratie gerichtetes Wochenblatt, das nicht nur in der ganzen Provinz Schlesien Eingang finden, sondern das auch besonders in allen landwirtschaftlichen Kreisen gelesen werden wird. Da Seine Durchlaucht der Fürst von Pleß, als Vorsitzender des schlesischen Landesausschusses des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, an der Verbreitung dieses Blattes ein weitgehendes Interesse hat, hofft Seine Durchlaucht, daß das Blatt auch Ihrerseits durch Geschäftsanzeigen unterstützt werden wird.

Entsprechende Aufträge wollen Sie an Herrn Generalsekretär Kurt Daerr in Breslau XI, Kreuzstraße 47, gefälligst möglichst umgehend aufgeben.

Hochachtungsvoll

Dr. Nasse."

Die „Schlesische Landpost" ist eine Gründung des Liebertschen Reichsverbandes, dem natürlich kein denkender Mensch Inserate zuweisen würde. Ohne Inserate ist aber das Reichsverbandsblatt nicht zu halten. Deshalb gibt sich die Generaldirektion des Fürsten Pleß dazu her, ihre Lieferanten zur Hergabe von Inseraten zu verpflichten. „Durchlaucht hofft" — das ist für die Lieferanten ein Wink mit dem Zaunpfahl, der nicht mißverstanden werden kann.

Eine gute „bürgerliche" Mahlzeit. „Vor kurzem", so lesen wir in der „Wiener Arbeiterzeitung", „gab es in der vornehmen Welt von Paris ein Abendmahl, über das die französischen Zeitungen seltsame Angaben zu machen wissen. Die Vorspeise Zakuski kostete 2000 Mk., das eigentliche Diner bestand aus 23 verschiedenen Gerichten. Die Weine und Liköre kosteten 15 000 Mk. Ebenso teuer war das Obst, das von lebenden Sträuchern gepflückt werden konnte. Den Künstlern wurden die Zeichnungen für die Speisekarten mit 10 000 Mk. bezahlt. Das eigentliche Diner belief sich auf 33 000 Mk. Die Herstellung der Suppe kostete 500 Mk. 2000 Mk. wurden für Ammern ausgegeben, 800 Mk. für Spargelspitzen und junge Bohnen. Das ganze Abendessen kostete 60 000 Mk. Jeder der 20 Teilnehmer hat an dem einen Abend ein Mahl für 2400 Mk. verzehrt. 2400 Mk.! Mit dieser Summe müssen in der Regel zwei Arbeiterfamilien ein ganzes Jahr auskommen, aber die hohen Herrschaften vergeudeten das Vermögen in einer Stunde! Der Arbeiter, der seinen Tag in harter Fron verbringt, bringt sich nachts sein Brot und seinen Speck heim, die Müßiggänger aber greifen zum Malvasier, Jahrgang 1810, jede Flasche 100 Mk. Die Proletarierfrau sieht sich jeden Heller an, wendet ihn zehnmal, ehe sie ihn ausgibt, aber hier werden russische Fische aufgetragen, das Stück um 300 Mk. Der ganze Widersinn dieser Gegenwart grinst aus solchen Ziffern. Irgendwo kauern im feuchten Dunkel der Kanäle die Armen und Elenden und ihre kühnsten Träume kreisen um kleine, kleine Münzen, irgendwo aber tafeln in Prunk und Pracht 20 Menschen und ihr Mahl kostet 60 000 Mk. . . . ."

Achtfacher Giftmord wegen schlechter Behandlung. In dem russischen Städtchen Falun verübte ein Dienstmädchen einen achtfachen Giftmord. Das bei einem Großgrundbesitzer bedienstete Mädchen mischte unter die Speisen seiner Herrschaft Gift und die ganze aus acht Personen bestehende Familie starb daran, obschon ärztliche Hilfe rasch zur Stelle war. Das Mädchen wurde verhaftet und gab an, sich auf diese Weise wegen der schlechten Behandlung, die es erdulden mußte, gerächt zu haben.

Von der Maschine geköpft. Ein schrecklicher Unfall ereignete sich in der Maschinenfabrik Ergang in Magdeburg. Der Arbeiter Leike aus Olvenstedt geriet mit dem Kopf zwischen das Räderwerk einer Schere. Der Unglückliche wurde buchstäblich guillotiniert und war auf der Stelle tot.

Risiko der Arbeit. Auf der Baltischen Werft stürzte beim Bau einer Helling ein eiserner Ständer um und begrub mehrere Arbeiter unter sich. Zwei waren sofort tot, mehrere andere wurden schwer verletzt.

Im Freiballon über den Atlantischen Ozean. In Triest will sich am 29. März der frühere deutsch-amerikanische Journalist und Zeitungsverleger Joseph Brucker in Chikago, ein Österreicher von Geburt, mit großen Freiballon auf dem Dampfer „Columbia" der Americana nach den Kanarischen Inseln einschi um von dort mit dem Ballonführer und einem Meteorol aufzusteigen und unter Benutzung des Passatwinde Luftweg über den Atlantischen Ozean aus zu machen. Er hofft, in 10 Tagen nach der Abfa Westindien oder im Norden von Brasilien zu landen.

23 Personen bei einem Zugzusammenstoß ve Bei Bilboa hat sich ein Eisenbahnunglück ereignet. depeschiert wird, stieß dort ein Personenzug mit Güterzug zusammen, 23 Personen wurden verl drei von ihnen schwer.

Die Pfaffen und der Geburtenrückgang. Unser burger Parteiorgan, die „Volkswacht", teilt folgende schriften aus ihrem Leserkreise mit:

I.

Der Pfarrer von Duchtlingen hörte in Hil gen (Amt Singen) die Beichte. Unter anderm kam eine junge Frau von Hilzingen zu ihm, um zu beichten. Verlaufe der Beichte fragte der Pfarrer die Frau: Wi sind Sie? Wieviel Kinder haben Sie? Wie lange sind verheiratet? Nach der Beantwortung dieser Fragen un Angabe der Frau, daß sie ein Kind habe, fragte der Pfa „Sind Sie selbst schuld an der Beschränkung der Ki zahl?"

Die Frau: „Ja."

Der Pfarrer: „So etwas dürfen Sie nicht tun. müssen mir versprechen, nächstes Jahr ein Kind zu ge und sich nicht weiter gegen eine Anzahl Kinder wehren."

Die Frau: „Nein, das tue ich nicht."

Der Pfarrer: „Dann kann ich Sie nicht sprechen von Sünden."

Die Frau: „Dann muß ich mich selber lossprechen."

Sie ließ den Pfarrer im Beichtstuhl sitzen und ging der Kirche.

II.

In einer Ortschaft am Dinkelberg, des Höhenzu zwischen Rhein- und Wiesental, kommt eine seit zweieinh Jahren verheiratete junge Frau zur Beichte; der Herr Pfa fragt nach den Ursachen, weshalb der Storch erst einm sich in ihrem Ehebett eingefunden hat. Der Herr Pfa drängt darauf, daß dieser staatsschädigende Zustand aufhö muß. Die beichtende Frau ist aber anderer Meinung. Geistliche wird immer aufdringlicher und verlangt zuletzt der Frau das feierliche Versprechen, daß sie in Zukunft de zu sorgen habe, jährlich einem Kinde das Leben zu schen Darauf geht die Frau aber nicht ein, weshalb der Pfa die Absolution verweigert, und unverrichte Sache zieht die Frau aus dem Beichtstuhl ab.

Diese Zuschriften deuten darauf hin, daß ein ge reller Erlaß an die Geistlichen vorliegen muß, der Beichte bezüglich des Geburtenrückganges auf die Fra einzuwirken. Unser Freiburger Parteiorgan meint, beichtebedürftigen Frauen sollten den Pfaffen mit der G genfrage antworten: Herr Pfarrer, ernähren Sie Kinder, die ich noch bekomme? Vielleicht seien dann Herren, die keine Ahnung haben, wie schwer es den min bemittelten Schichten der Bevölkerung gemacht wird, meh Kinder zu ernähren und zu erziehen, weniger neugierig. N richtiger wäre es allerdings, die Frauen belästigten d Pfaffen gar nicht, auch nicht mit der Beichte. Für Herren Pfaffen, die selbst im Zölibat leben, gilt die Beschr kung der Kinderzahl als „gottlos". Besonders dann, we sie von Minderbemittelten geübt wird. Die Korrektur „göttlichen Willens" durch die Reichen hat dagegen weni zu sagen.

Zwölfkilometermarsch um ein Stück Brot. Vom Elend der Weltstadt London gibt folgende Meldung ein greifendes Bild: Ein Ehepaar in einem südlichen Voro Londons ließ kürzlich bekanntgeben, daß es am Karfreitag Merton an arme Kinder „Hot Croß Buns" (eine Art Mi wecken, die heiß gegessen und nur am Karfreitag geba werden) verteilen würde: Ungefähr viertausen Kinder machten am Karfreitag den zwölf Kilomet langen Weg vom Süden der Stadt nach Merton hina Einige führten Kameraden mit sich, die zum Teil bl waren, zum Teil an Krücken gingen, fünfhundert aber hat weder Strümpfe noch Schuhe an. Trotz des schle ten Wetters waren alle fidel, einige, die den Begriff „Fr Verteilung" anscheinend falsch aufgefaßt hatten, sah man Körben und Säcken auf der Landstraße pilgern, in der Ho nung, so viel „Hot Croß Buns" mit nach Hause schleppen können, wie sie nur wollten. An dem Bestimmungsorte gekommen, erhielten sie dann schließlich pro Mann Wecken, die natürlich bald verzehrt waren.

Abgestürzt ist auf dem Militärflugplatz bei Warsch der 24jährige Flieger Petrowski; er war sofort tot.

Schweres Grubenunglück in Südfrankreich. E schweres Unglück ereignete sich in den Bergwerken v Osses. Unbegreiflicherweise wurde dort der einfahrend Nachtschicht nicht mitgeteilt, daß eine von den A beitern der Tagschicht gelegte Dynamitpatrone noch nic explodiert sei. Kaum hatten die eingefahrenen Ber leute ihre Arbeit aufgenommen, als plötzlich eine furchtba Explosion erfolgte, die den Tod von vier in der Nä arbeitenden Bergleuten zur Folge hatte. Dreizeh weitere Grubenarbeiter erlitten schwere Verletzunge

Aus dem amerikanischen Überschwemmungsgebi Erfreulicherweise geht in den Staaten Ohio und I diana das Hochwasser andauernd zurück, so daß Bergung der durch die Flut abgeschnittenen Personen mö lich ist. Aus vielen Orten treffen noch Nachrichten v furchtbaren Leiden durch Wasser, Kälte und Hung ein. Die Zahl der Toten ist jedoch übertrieben. Dayton schreitet das Rettungswerk durch Zuhilfenah von Motorbooten und unter militärischer Leitung rüstig fo Die Bahnverbindungen im Flutdistrikt sind zum Teil wiede hergestellt worden. Die Truppen sind angewiesen worde jeden Plünderer sofort niederzuschießen. Nach neue lich eingelaufenen Meldungen, die auf genaueren Inform tionen beruhen, beträgt die Zahl der in Dayton bei de Hochwasser Umgekommenen etwa zweihundert, ebenso ho ist der Verlust an Menschenleben in Columbus. Die Za der Ertrunkenen ist also nicht so hoch, als anfänglich b fürchtet wurde. Auch aus den Außendistrikten des Überschwemmungsgebietes wird gemeldet, daß das Hochwas zahlreiche Opfer gefordert hat. In Dayton wird der Verlu an Eigentum auf 20 Millionen Dollar geschätzt. Nach ein Meldung des „New York Herald" ist der Hudson-Fluß gestiegen, wie seit 50 Jahren nicht. Alabama, die Haup stadt des Staates, steht völlig unter Wasser. Die niedr gelegenen Straßen sind 5 bis 6 Fuß unter Wasser gesetz Alle Städte, die am Hudsonfluß liegen, treffen umfangreic Vorkehrungen, um sich gegen die drohende Überschwemmun zu schützen. Der Schaden an Eigentum und Material i ganz bedeutend.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & C
Sämtlich in Lübeck.

über dem Horizont leuchtet. Anfang der sechziger Jahre führte für diesen Stern, wie auch für Sirius, genauere Berechnungen Arthur Auwers in Königsberg aus. Die Umlaufszeit Prokyons und seines Begleiters um den gemeinsamen Schwerpunkt beträgt 40 Jahre. Die Auffindung dieses Begleiters gelang erst 1896 dem Württemberger J. M. Schäber (geb. 1853) mit dem großen 36zölligen Refraktor der Lick-Sternwarte auf dem Mount Hamilton in Kalifornien, also 35 Jahre nach der Vornahme der Berechnungen und 52 Jahre nach den aus Beobachtungen abgeleiteten Folgerungen über das Wesen dieses Sternes. Soll uns mehr die Zuverlässigkeit der astronomischen Wissenschaft mit Bewunderung oder die Gesetzmäßigkeit der Bewegungen im Weltall mit Andacht erfüllen?

Wir überblicken nach diesen Belehrungen, Erwägungen und Stimmungen die an der Himmelkuppel am 1. April 10 Uhr abends sichtbaren anderen Sternbilder. Über Prokyon, nur etwas mehr westlich, erstrecken sich die Zwillinge mit Kastor und Pollux und führen auf den im Westen unter den Horizont versinkenden Orion hin. Im West-Nordwesten glänzt Capella, der größte Stern im Fuhrmann, und, dem Horizont näher, der Stier mit Aldebaran und den Plejaden, und wieder weiter nach Nordwesten hin, 30 Grad über dem Horizont, steht Perseus mit einem merkwürdigen Stern veränderlicher Lichtgröße, Algol, dem wir einmal nähere Aufmerksamkeit zuwenden werden. Wie der Fuß der Zwillinge, der Fuhrmann und Perseus, so stehen weiter das W der Cassiopeia im Nordnordwesten, Cepheus im Norden und der im Nordnordosten aufgehende Stern Deneb des Schwans in der Milchstraße. Auf die im Nordosten aufgegangene Wega in der Leier haben wir schon das Augenmerk gerichtet. Ihr vorausgegangen sind der sternreiche Herkules und die halbkreisförmige Krone mit Gemma. Im Osten glänzt hell im Bootes der Arktur, auf den die Rücken- und Schwanzsterne des Großen Bären hinweisen, der den Meridian etwas nördlich vom Zenit zu überschreiten im Begriff ist, während südlich der helle Stern Regulus im Großen Löwen etwa 50 Grad über dem Horizont im Meridian steht. Das nach Osten hin langgestreckte Trapez dieses Sternbildes weist auf die Jungfrau hin, deren größter Stern Spica soeben über den Horizont aufgestiegen ist. Tief im Süden die Wasserschlange und von da nach Südosten der Becher und der Rabe sind nur bei recht günstigen Luftverhältnissen noch erkennbar.

Die Sonne tritt am 20. April vom Zeichen des Widders (Sternbild der Fische) in das Zeichen des Stiers (Sternbild des Widders) über. Ihre Höhe im Meridiane von Lübeck beträgt am 1. April 40,54 Grad, am 1. Mai 51,11 Grad. Die Auf- und Untergangszeiten sind für Lübeck in mitteleuropäischer Zeit folgende:

	Aufgang	Untergang	Tageslänge
1. April	5 Uhr 53 Min.	6 Uhr 50 Min.	12 Std. 57 Min.
8. „	5 „ 37 „	7 „ 3 „	13 „ 26 „
15. „	5 „ 20 „	7 „ 16 „	13 „ 56 „
22. „	5 „ 4 „	7 „ 29 „	14 „ 25 „
29. „	5 „ 49 „	7 „ 42 „	14 „ 53 „
1. Mai	4 „ 44 „	7 „ 45 „	15 „ 1 „

Der Tag nimmt für Lübeck also im April 2 Stunden und 4 Minuten zu.

Die Phasen des Mondes sind folgende: Neumond am 6. April 7 Uhr nachm., erstes Viertel am 14. April 6½ Uhr vorm., Vollmond am 20. April 10½ Uhr nachm., letztes Viertel am 28. April 7 Uhr morgens. Am 2. und 30. April steht der Mond in größter Erdferne, am 18. April in größter Erdnähe.

Von den Planeten wird Venus in diesem Monat sehr rasch am Abendhimmel verschwinden und im Sonnenlichte untertauchen, um Anfang nächsten Monats am Morgenhimmel zu erscheinen. Sie ist vom 3. April an rückläufig und steht am 24. April zwischen der Erde und Sonne, d. h. in unterer Konjunktion. Am 1. April geht sie für Lübeck 3 Std. 41 Min. nach der Sonne unter, am 1. Mai 46 Min. vor der Sonne auf. Die Konjunktion mit der jungen Mondsichel am 8. April ist für uns nicht sichtbar; am 9. April steht der Mond schon erheblich weit östlich von der Venus. Merkur bleibt in der Morgendämmerung verborgen. Mars geht für Lübeck am 1. April 41 Min., am 1. Mai 1 Std. 2 Min., Jupiter am 1. April 2 Std. 42 Min., am 1. Mai 3 Std. 30 Min. vor der Sonne auf; letzterer ist im Schützen ein glänzender Stern. Die Sichtbarkeitsdauer von Saturn, südlich von den Plejaden, verringert sich nach Sonnenuntergang von 4 Std. 36 Min. am 1. April auf nur 2 Std. 2 Min. am 1. Mai. Uranus im Steinbock ist Morgenstern; er geht am 1. April 1 Std. 38 Min., am 1. Mai 2 Std. 29 Min. vor der Sonne auf. Neptun endlich steht nach wie vor südlich von Pollux in den Zwillingen.

Von Sternschnuppen wird vom 18. bis 21. April besonders der Lyridenschwarm auffallen, d. h. Sternschnuppen, die von der Leier auszugehen scheinen. Das Mondlicht wird allerdings die Beobachtung beeinträchtigen.

Aus dem Gerichtssaal.

Für unmilitärischen Haarschnitt — 16 Tage strengen Arrest! Die kleinliche Auffassung mancher Vorgesetzten von dem Wesen der Disziplin und der übertriebene militärische Drill offenbaren sich in greller Form durch einen bemerkenswerten Fall von „Insubordination", mit dem sich das Dresdener Kriegsgericht zu beschäftigen hatte. Dem Hauptmann der Dresdner Militär-Arbeiterabteilung wurde eines Tages mitgeteilt, daß ein Arbeitssoldat übermäßig langes Haar habe, weshalb ein allgemeines Haarschneiden angeordnet wurde. Auch der Arbeitssoldat Wideck erhielt den Befehl, sich sofort das Haar schneiden zu lassen, obgleich er erst einige Tage zuvor geschoren worden war. Obgleich W. auf diesen Befehl erklärte, er habe sich doch das Haar erst schneiden lassen, hielt der Sergeant seinen Befehl aufrecht, weil W.'s Haarschnitt nach seiner Meinung unmilitärisch war! Als W. auf den zweiten Befehl erklärte, er lasse sich das Haar nicht schon wieder schneiden, sagte der Sergeant: „Sie lassen sich das Haar ganz kurz schneiden!" Auch diesen Befehl ließ W. unbefolgt, sagte vielmehr: „Ich lasse mir mein Haar nicht kurz schneiden, ich bin doch bei der Truppe und nicht im Gefängnis!" W. hatte durchaus in gutem Glauben gehandelt. Um so mehr war er verwundert, als er eine Anklage wegen Beharrens im Ungehorsam, ausdrücklicher Gehorsamsverweigerung und Achtungsverletzung erhielt! Das Gericht war der Meinung, daß sich W. das Haar wie befohlen schneiden lassen mußte, und erkannte auf — 16 Tage strengen Arrest!! W. hatte sich gut geführt und steht kurz vor der Entlassung. — Ja, wir haben doch ein herrliches Kriegsheer, vor dem der Feind ja schon deshalb Reißaus nehmen muß, weil es ja streng militärischen Haarschnitt hat. Hurra, Hurra, Hurra!

Aus Nah und Fern.

Ehetragödie. In Berlin versuchte der Schmied Döring seine von ihm getrennt lebende Frau durch zwei Revolverschüsse zu töten, verletzte sie aber nur an der rechten Hand. Darauf tötete er sich selbst durch einen Schuß in die Schläfe.

Schwere Autounfälle. In der Nacht zum Sonntag fuhr ein mit vier Personen besetztes Automobil der Zeche „Viktoria Mathias" bei der Zeche „Humboldt" bei Mülheim gegen einen Bordstein. Das Automobil überschlug sich und die Insassen stürzten heraus. Der Chauffeur Insel und ein Insasse namens Schleifhaken wurden lebensgefährlich verletzt und starben bald. Die beiden anderen wurden nur leicht verletzt. — Bei Ober-Michelsdorf auf der Chaussee Liegnitz-Haynau rannte ein Automobil, das sich auf einer Probefahrt befand, mit voller Wucht gegen einen Baum. Das Fahrzeug überschlug sich, die Insassen wurden herausgeschleudert. Sofort getötet wurden der Destillateur Graf aus Haynau, der Kaufmann Julius Müller aus Haynau und ein Monteur. Der Chauffeur wurde tödlich verletzt. Der Gastwirt Thomas aus Liegnitz erlitt einen Beinbruch.

Ein verwegener Straßenraub wurde am belebtesten Punkte und in der verkehrsreichsten Mittagsstunde am Stachus in München verübt. Ein früherer Kutscher der Schuhfirma Schürr hatte in Gemeinschaft mit einem zwanzigjährigen Burschen den Wagen der Firma den ganzen Vormittag über verfolgt und beobachtet, wie der Kutscher einen schweren Geldsack auf dem Postscheckamt geholt und unter seinem Kutschersitz verschlossen hatte. Als der Kutscher am Stachus absteigen mußte, gingen die beiden Spitzbuben auf den Wagen zu, sprengten ungeniert mitten unter dem Publikum und unbemerkt von den zahlreich dort postierten Schutzleuten den Kutscherschlag auf und holten den Sack heraus, mit dem der junge Bursche auf einem Rade zu entfliehen versuchte. Er konnte aber bei dem Gewicht des Geldsackes nicht fahren, warf das Rad weg und entfloh zu Fuß, wurde aber verhaftet. Der Komplize und Anstifter ist erkannt, aber entkommen.

Ein empfindlicher Amtsvorsteher ist Herr Zimmermann, der dem ostelbischen Amtsbezirk Scheidelwitz vorsteht. Genosse Farchmin ersuchte ihn um die Genehmigung einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel. Die Antwort hatte folgenden Wortlaut:

Scheidelwitz, den 22. März 1913.

Die Anmeldung der abzuhaltenden politischen Versammlung bei Kuhnert Scheidewitz ist hier zur Kenntnis gelangt, bei Innehaltung der gesetzl. Bestimmungen nichts dagegen einzuwenden. Die Corenspondens sofort verbiete ich mir ein für alle mal.

Der Amtsvorsteher
Zimmermann.

Mit Stil und Ortographie sieht der Herr Amtsvorsteher, wie man sieht, auf dem Kriegsfuß. Auch dürfte es sich für ihn empfehlen, den § 7 des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 einmal gründlich zu studieren. Dort wird er finden, daß er von dem Schreiben des Genossen Farchmin nicht nur Kenntnis nehmen sollte, sondern die Genehmigung zu erteilen hatte. Das Wort „sofort" kommt im Vereinsgesetz häufiger vor, auch im § 7, daher brauchte er nicht so empfindlich zu sein.

Durchlaucht hofft! Die Generaldirektion des Fürsten Pleß versendet an ihre Lieferanten folgendes Schreiben:

„Vom 1. April 1913 ab erscheint in Breslau unter dem Titel „Schlesische Landpost" ein gegen die Sozialdemokratie gerichtetes Wochenblatt, das nicht nur in der ganzen Provinz Schlesien Eingang finden, sondern das auch besonders in allen landwirtschaftlichen Kreisen gelesen werden wird. Da Seine Durchlaucht der Fürst von Pleß, als Vorsitzender des schlesischen Landesausschusses des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, an der Verbreitung dieses Blattes ein weitgehendes Interesse hat, hofft Seine Durchlaucht, daß das Blatt auch Ihrerseits durch Geschäftsanzeigen unterstützt werden wird.

Entsprechende Aufträge wollen Sie an Herrn Generalsekretär Kurt Daerr in Breslau XI, Kreuzstraße 47, gefälligst möglichst umgehend aufgeben.

Hochachtungsvoll
Dr. Nasse."

Die „Schlesische Landpost" ist eine Gründung des Liebertschen Reichsverbandes, dem natürlich kein denkender Mensch Inserate zuweisen würde. Ohne Inserate ist aber das Reichsverbandsblatt nicht zu halten. Deshalb gibt sich die Generaldirektion des Fürsten Pleß dazu her, ihre Lieferanten zur Hergabe von Inseraten zu verpflichten. „Durchlaucht hofft" — das ist für die Lieferanten ein Wink mit dem Zaunpfahl, der nicht mißverstanden werden kann.

Eine gute „bürgerliche" Mahlzeit. „Vor kurzem", so lesen wir in der „Wiener Arbeiterzeitung", „gab es in der vornehmen Welt von Paris ein Abendmahl, über das die französischen Zeitungen seltsame Angaben zu machen wissen. Die Vorspeise Zakuski kostete 2000 Mk., das eigentliche Diner bestand aus 23 verschiedenen Gerichten. Die Weine und Liköre kosteten 15 000 Mk. Ebenso teuer war das Obst, das von lebenden Sträuchern gepflückt werden konnte. Den Künstlern wurden die Zeichnungen für die Speisekarten mit 10 000 Mk. bezahlt. Das eigentliche Diner belief sich auf 33 000 Mk. Die Herstellung der Suppe kostete 500 Mk. 2000 Mk. wurden für Ammern ausgegeben, 800 Mk. für Spargelspitzen und junge Bohnen. Das ganze Abendessen kostete 60 000 Mk. Jeder der 20 Teilnehmer hat an dem einen Abend ein Mahl für 2400 Mk. verzehrt. 2400 Mk.! Mit dieser Summe müssen in der Regel zwei Arbeiterfamilien ein ganzes Jahr auskommen, aber die hohen Herrschaften vergeudeten das Vermögen in einer Stunde! Der Arbeiter, der seinen Tag in harter Fron verbringt, bringt sich nachts sein Brot und seinen Speck heim, die Müßiggänger aber greifen zum Malvasier, Jahrgang 1810, jede Flasche 100 Mk. Die Proletarierfrau sieht sich jeden Heller an, wendet ihn zehnmal, ehe sie ihn ausgibt, aber hier werden russische Fische aufgetragen, das Stück um 300 Mk. Der ganze Widersinn dieser Gegenwart grinst aus solchen Ziffern. Irgendwo kauern im feuchten Dunkel der Kanäle die Armen und Elenden und ihre kühnsten Träume kreisen um kleine, kleine Münzen, irgendwo aber tafeln in Prunk und Pracht 20 Menschen und ihr Mahl kostet 60 000 Mk. . . . ."

Achtfacher Giftmord wegen schlechter Behandlung. In dem russischen Städtchen Falun verübte ein Dienstmädchen einen achtfachen Giftmord. Das bei einem Großgrundbesitzer bedienstete Mädchen mischte unter die Speisen seiner Herrschaft Gift und die ganze aus acht Personen bestehende Familie starb daran, obschon ärztliche Hilfe rasch zur Stelle war. Das Mädchen wurde verhaftet und gab an, sich auf diese Weise wegen der schlechten Behandlung, die es erdulden mußte, gerächt zu haben.

Von der Maschine getötet. Ein schrecklicher Unfall ereignete sich in der Maschinenfabrik Ergang in Magdeburg. Der Arbeiter Leike aus Olvenstedt geriet mit dem Kopf zwischen das Räderwerk einer Schere. Der Unglückliche wurde buchstäblich guillotiniert und war auf der Stelle tot.

Risiko der Arbeit. Auf der Bahlschen Werft stürzte beim Bau einer Helling ein eiserner Ständer um und begrub mehrere Arbeiter unter sich. Zwei waren sofort tot, mehrere andere wurden schwer verletzt.

Im Freiballon über den Atlantischen Ozean. In Triest will sich am 29. März der frühere deutsch-amerikanische Journalist und Zeitungsverleger Joseph Brucker in Chikago, ein Österreicher von Geburt, mit großen Freiballon auf dem Dampfer „Columbia" der Americana nach den Kanarischen Inseln ein[illegible] um von dort mit dem Ballonführer und einem Meteor[illegible] aufzusteigen und unter Benutzung des Passatwinde[illegible] Luftweg über den Atlantischen Ozean au[illegible] zu machen. Er hofft, in 10 Tagen nach der Abf[illegible] Westindien oder im Norden von Brasilien zu landen.

23 Personen bei einem Zugzusammenstoß [illegible] Bei Bilboa hat sich ein Eisenbahnunglück ereignet. [illegible] depeschiert wird, stieß dort ein Personenzug mit [illegible] Güterzug zusammen, 23 Personen wurden ver[illegible] drei von ihnen schwer.

Die Pfaffen und der Geburtenrückgang. Unser [illegible] burger Parteiorgan, die „Volkswacht", teilt folgend[illegible] schriften aus ihrem Leserkreise mit:

I.

Der Pfarrer von Duchtlingen hörte in Hi[illegible] gen (Amt Singen) die Beichte. Unter anderm ka[illegible] ein[illegible] junge Frau von Hilzingen zu ihm, um zu beichten. [illegible] der Beichte fragte der Pfarrer die Frau: W[illegible] [illegible]e? Wieviel Kinder haben Sie? Wie lange si[illegible] [illegible]ratet? Nach der Beantwortung dieser Fragen w[illegible] [illegible]gabe der Frau, daß sie ein Kind habe, fragte der Pf[illegible] „Sind Sie selbst schuld an der Beschränkung der K[illegible] zahl?"

Die Frau: „Ja."

Der Pfarrer: „So etwas dürfen Sie nicht tun, [illegible] müssen mir versprechen, nächstes Jahr ein Kind zu ge[illegible] und sich nicht weiter gegen eine Anzahl Kinder wehren."

Die Frau: „Nein, das tue ich nicht."

Der Pfarrer: „Dann kann ich Sie nicht [illegible]sprechen von Sünden."

Die Frau: „Dann muß ich mich selber lossprechen."

Sie ließ den Pfarrer im Beichtstuhl sitzen und ging [illegible] der Kirche.

II.

In einer Ortschaft am Dinkelberg, des Höhen[illegible] [illegible]zarischen Rhein- und Wiesental, kommt eine seit zweie[illegible] Jahren verheiratete junge Frau zur Beichte; der Herr P[illegible] fragt nach den Ursachen, weshalb der Storch erst ein[illegible] sich in ihrem Ehebett eingefunden hat. Der Herr P[illegible] drängt darauf, daß dieser staatsschädigende Zustand au[illegible] muß. Die beichtende Frau ist aber anderer Meinung. [illegible] Geistliche wird immer aufdringlicher und verlangt zule[illegible] der Frau das feierliche Versprechen, daß sie in Zukunft [illegible] zu sorgen habe, jährlich einem Kinde das Leben zu sch[illegible] Darauf geht die Frau aber nicht ein, weshalb der P[illegible] die Absolution verweigert, und unverri[illegible] Sache zieht die Frau aus dem Beichtstuhl ab.

Diese Zuschriften deuten darauf hin, daß ein g[illegible] reller Erlaß an die Geistlichen vorliegen m[illegible] der Beichte bezüglich des Geburtenrückganges auf die F[illegible] einzuwirken. Unser Freiburger Parteiorgan meint [illegible] beichtebedürftigen Frauen sollten den Pfaffen mit der [illegible] genfrage antworten: Herr Pfarrer, ernähren Si[illegible] Kinder, die ich noch bekomme? Vielleicht seien dann [illegible] Herren, die keine Ahnung haben, wie schwer es den mi[illegible] bemittelten Schichten der Bevölkerung gemacht wird, m[illegible] Kinder zu ernähren und zu erziehen, weniger neugierig [illegible] richtiger wäre es allerdings, die Frauen belästigte [illegible] Pfaffen gar nicht, auch nicht mit der Beichte. F[illegible] Herren Pfaffen, die selbst im Zölibat leben, gilt die Bes[illegible] kung der Kinderzahl als „gottlos". Besonders dann, [illegible] sie von Minderbemittelten geübt wird. Die Korrektur [illegible] „göttlichen Willens" durch die Reichen hat dagegen we[illegible] zu sagen.

Zwölfkilometermarsch um ein Stück Brot. Vom Elen[illegible] der Weltstadt London gibt folgende Meldung ein[illegible] greifendes Bild: Ein Ehepaar in einem südlichen Vo[illegible] Londons ließ kürzlich bekanntgeben, daß es am Karfreita[illegible] Merton an arme Kinder „Hot Croß Buns" (eine Art M[illegible] wecken, die heiß gegessen und nur am Karfreitag geb[illegible] werden) verteilen würde: Ungefähr viertausi[illegible] Kinder machten am Karfreitag den zwölf Kilome[illegible] langen Weg vom Süden der Stadt nach Merton hin[illegible] Einige führten Kameraden mit sich, die zum Teil b[illegible] waren, zum Teil an Krücken gingen, fünfhundert aber h[illegible] weder Strümpfe noch Schuhe an. Trotz des sch[illegible] ten Wetters waren alle fidel, einige, die den Begriff „[illegible] Verteilung" anscheinend falsch aufgefaßt hatten, sah man [illegible] Körben und Säcken auf der Landstraße pilgern, in der H[illegible] nung, so viel „Hot Croß Buns" mit nach Hause schleppe[illegible] können, wie sie nur wollten. An dem Bestimmungsort [illegible] gekommen, erhielten sie dann schließlich pro Mann [illegible] Wecken, die natürlich bald verzehrt waren.

Abgestürzt ist auf dem Militärflugplatz bei Wars[illegible] der 24jährige Flieger Petrowski; er war sofort tot.

Schweres Grubenunglück in Südfrankreich. [illegible] schweres Unglück ereignete sich in den Bergwerken [illegible] Osses. Unbegreiflicherweise wurde dort der einfahre[illegible] Nachtschicht nicht mitgeteilt, daß eine von den [illegible] beitern der Tagschicht gelegte Dynamitpatrone noch n[illegible] explodiert sei. Kaum hatten die eingefahrenen B[illegible] leute ihre Arbeit aufgenommen, als plötzlich eine furchtb[illegible] Explosion erfolgte, die den Tod von vier in der [illegible] arbeitenden Bergleuten zur Folge hatte. Dreiz[illegible] weitere Grubenarbeiter erlitten schwere Verletzung[illegible]

Aus dem amerikanischen Überschwemmungsge[illegible] Erfreulicherweise geht in den Staaten Ohio und [illegible] diana das Hochwasser andauernd zurück, so daß [illegible] Bergung der durch die Flut abgeschnittenen Personen m[illegible] lich ist. Aus vielen Orten treffen noch Nachrichten [illegible] furchtbaren Leiden durch Wasser, Kälte und Hu[illegible] ein. Die Zahl der Toten ist jedoch übertrieben. [illegible] Dayton schreitet das Rettungswerk durch Zuhilfena[illegible] von Motorbooten und unter militärischer Leitung rüstig [illegible] Die Bahnverbindungen im Flutdistrikt sind zum Teil wie[illegible] hergestellt worden. Die Truppen sind angewiesen wor[illegible] jeden Plünderer sofort niederzuschießen. Nach ne[illegible] lich eingelaufenen Meldungen, die auf genaueren Infor[illegible] tionen beruhen, beträgt die Zahl der in Dayton bei [illegible] Hochwasser Umgekommenen etwa zweihundert, ebenso [illegible] ist der Verlust an Menschenleben in Columbus. Die Z[illegible] der Ertrunkenen ist also nicht so hoch, als anfänglich [illegible] fürchtet wurde. Auch aus den Außendistrikten des Ü[illegible] schwemmungsgebietes wird gemeldet, daß das Hochwa[illegible] zahlreiche Opfer gefordert hat. In Dayton wird der Ver[illegible] an Eigentum auf 20 Millionen Dollar geschätzt. Nach e[illegible] Meldung des „New York Herald" ist der Hudson-Flu[illegible] gestiegen, wie seit 50 Jahren nicht. Alabama, die Ha[illegible] stadt des Staates, steht völlig unter Wasser. Die nie[illegible] gelegenen Straßen sind 5 bis 6 Fuß unter Wasser ge[illegible] Alle Städte, die am Hudsonfluß liegen, treffen umfangre[illegible] Vorkehrungen, um sich gegen die drohende Überschwemm[illegible] zu schützen. Der Schaden an Eigentum und Material [illegible] ganz bedeutend.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellin[illegible]
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & [illegible]
Sämtlich in Lübeck.